

Ausgabe
Groß-Berlin

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Generaloffensive

Ruhrkapital kündigt sämtliche Kumpels / Jetzt geht's um's Ganze!

Sämtlichen Bergarbeitern des Ruhrreviers soll nach einer Meldung der „Kölnischen Volkszeitung“ gekündigt werden. Die Unternehmer haben zum 30. November wieder den Lohn-tarif gekündigt. Sie wollen in der Erwartung, daß eine neuerliche Lohnsenkung auf den schärfsten Widerstand der Ruhrkumpels stoßen müßte, vorsorglich kündigen und damit einen Druck auf die Verhandlungen ausüben. Hat schon die Kündigung des Lohn-tarifes die Bergarbeiter, die kaum noch von ihrem Einkommen existieren können, in heilige Em-

pörung versetzt, so wird die Generalkündigung wird sie tatsächlich durchgeführt, das Ruhrgebiet in Flammen setzen. Das Vorgehen des Zechenverbandes wird um so weniger Verständnis auch bei der nicht direkt beteiligten Bevölkerung finden, als einmal die Absatzlage der Ruhrkohle sich in der letzten Zeit etwas gebessert hatte, zum ändern die Erwerbslosigkeit (106 000 allein im Bergbau), die Feierschichten und Lohnsenkungen die wirtschaftliche Lage des ganzen Industriegebietes katastrophal gestaltet hat. Der Lohnausfall der

Belegschaften in den 10 Monaten beträgt allein durch Feierschichten 76 Millionen Mark. Die Rationalisierung hat Zehntausende nicht nur vorübergehend, sondern auf die Dauer erwerbslos gemacht, seit Anfang 1931 allein 53 000 Mann.

Wenn jetzt die Bergherren glauben, mit der Faust einen noch brutaleren Einkommensabbau diktieren zu können, so werden sie die Bergarbeiter vor die Existenzfrage stellen: bei Hungerlöhnen verrecken oder den Kampf bis zu den letzten Konsequenzen aufnehmen.

Nach der Niederlage

Von A. Fenner Brookway

Genosse Fenner Brookway ist der Vorsitzende der englischen ILP (Independent Labour Party - Unabhängige Arbeiterpartei). Sein Artikel, der der Wochenschrift der ILP, dem New Leader entnommen ist, bietet auch für uns ganz besonderes Interesse, da sich ganz zwanglos Parallelen zu deutschen Verhältnissen ergeben.

Die Redaktion der SAZ

Wir haben nun eine Weche Zeit nachdenken gehabt. Ich glaube nicht, daß jemand von uns jetzt schon über die Einzelheiten unseres zukünftigen Kurses sicheres weiß, aber bestimmte Schlußfolgerungen allgemeiner Art fangen an klar zu werden.

Es bleibt zu beweisen, ob die Wahlniederlage ein Unglück oder ein Glück für die Sache des Sozialismus war. Sie kann sich sehr wohl als ein Glück erweisen. Die Arbeiterpartei machte einen Prozeß der Entartung durch, unter dem alle Reformbewegungen zu leiden scheinen, wenn sie respektabel und stark werden. Stellung und Stärke fingen an, wichtiger zu werden als Prinzip und Ziel. Sozialistische Phrasen wurden hergebetet, aber sozialistischer Geist war abwesend. Die Amtstätigkeit hatte zu demütigenden Kompromissen geführt. Im Unterhaus wurde das Spiel der alten Parteien gespielt. Männer und Frauen wurden allmählich reine Parlamentarier, die kein Verständnis mehr für das Leben der Arbeiterklasse hatten und keinen Schimmer mehr einer sozialistischen Idee. Kandidaturen wurden von reichen, ehrgeizigen Männern gekauft - mit der gleichen Schamlosigkeit wie in den alten Parteien. Die Seele der Partei war im Begriff ermordet zu werden.

Mögliche Entwicklung

Wenn die Wahlniederlage unsere Bewegung von diesen Uebeln rettet und sie zum sozialistischen Bekenntnis zurückführt, so wird sich der Verrat der Macdonald, Snowden und Thomas schließlich als ein Dienst erweisen.

Aber die Wirkung kann auch die entgegengesetzte sein. Es ist möglich, daß die vernichtende Niederlage die Arbeiterpartei eher zur Rechten denn zur Linken hintreibt. (Dafür liegen, wie gemeldet, jetzt schon Anzeichen vor. D. Red.) Die Gewerkschaften sind das Rückgrat der arbeiterteilichen Organisation. Wir schulden dem Generalrat der Gewerkschaften Anerkennung, daß er in der letzten Krisis standhielt, während selbst die arbeiterteilichen Minister, die später zurücktraten, sich schon weitgehend auf Kompromisse eingelassen hatten. Aber die Gewerkschaftsführer stehen jetzt vor der folgenden unbehaglichen Tatsache: Tausende ihrer Mitglieder sind ihrer Führung nicht gefolgt. Ihre erste Sorge muß daher sein, ihre Organisationen aufrecht zu erhalten, und das mag sie zu einer Aenderung der sozialistischen Haltung führen, die ihre Mitglieder nicht bestärkt haben.

Dazu kommt, daß die parlamentarische Situation zu Kompromissen verlocken mag. Lloyd George tastet schon den Weg zu einer Verbindung mit der Arbeiterschaft ab. Die zahlenmäßige Beherrschung des Parlaments durch die Tories wird eine Atmosphäre schaffen, in der kräftige sozialistische Gedanken und Reden schwierig sein werden. Und welche Schwenkung wird Macdonald vollziehen? Es besteht zum mindesten die Möglichkeit, daß er seine Vollmacht, das Parlament aufzulösen, dazu benutzen wird, als Haupt einer arbeite-

Die Jugend der sterbenden Klasse

Klamauk der Studenten und väterliches Verständnis der Professoren

Halle, 12. November.

Als Ergebnis der gestrigen Sitzung des gesamten Lehrkörpers der Universität Halle wird u. a. mitgeteilt, Professoren und Dozenten hätten dem Rektor und dem Senat ihr volles Vertrauen ausgesprochen. Sie seien mit ihm einig in der Ueberzeugung, daß die Studenten, obwohl sie falsche Wege gegangen seien, von reinen edlen Gefühlen, der Liebe zum Vaterlande und zur Universität getrieben worden seien. Professoren und Dozenten erkannten weiterhin an, daß die Studenten aus Rücksicht auf das Wohl der Universität ihre Kampfweise geändert hätten, und wüßten diesen Entschluß zu würdigen. Sie bedauerten tief die Vorgänge, die sich am 3. und 4. November in und vor der Universität abspielten. Durch die jetzige Haltung der Studenten sei die Grundlage wieder hergestellt, auf der Lehrer und Lernende in gegenseitigem Vertrauen die innere Gemeinschaft neu aufrichten könnten zum Wohle der Hochschule und des Vaterlandes.

Die „geänderte Kampfweise“

Jena, 11. November.

Zu einer „mitteldeutschen Studentenkundgebung“ versammelten sich heute auf dem Marktplatz etwa 2000 Studenten, von denen ein großer Teil aus Halle und Leipzig gekommen war. Der Vorsitzende der Jenaer Studentenschaft, Zehrer, und der Vorsitzende der Halleschen Studentenschaft, Börner, ergingen sich in scharfen Ausfällen gegen den preußischen Kultusminister Grimme. Sie erklärten, daß die deutschen Studenten es ablehnten, sich mit „marxistischem und pazifistischem Geist versehen zu lassen“. Die Studenten würden gegen die Träger dieses Geistes und gegen das „verrückte neudeutsche System“ kämpfen. In einer Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß man gegen Dehn, Grimme und Aubin und sämtliche hinter Professor Dehn stehende Dozenten mit allen Mitteln auf sämtlichen deutschen Hochschulen und besonders in Halle kämpfen werde, bis Dehn zurücktrete. In einer weiteren Entschließung wandten sich die demonstrierenden Studenten gegen die Berufung von Hochschullehrern, die sich, wie die Entschließung sagt, nicht „vorbehaltslos zum Einsatz aller geistigen und körperlichen Kräfte im Dienste für Volk und Vaterland bekennen“.

Der Weg ins Nichts

Die Jugend, die in solch sinnlos terroristischem Toben ihren politischen Willen

durchzusetzen versucht, ist die Jugend einer sterbenden Klasse. Der Boden des kapitalistischen Systems wankt; er ist von tiefen Rissen durchzogen. Kein Wunder, daß die Klasse, die auf diesem Boden gebaut hat, daß die Bourgeoisie nervös wird. Die Jugend des Bürgertums wird sich immer eindringlicher bewußt der Tatsache, daß sie nicht mehr wie die Väter eine ungebrochene Klassenmachtstellung vorfindet, in die sie nur hineinzuwachsen braucht, um für ihr Leben materiell versorgt zu sein, um sicher zu sein, stets auf

Vierzigstundenwoche mit Lohnkürzung

Wie der städtische Nachrichtendienst mitteilt, haben die Verhandlungen zwischen den am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften und der BVG wegen Verkürzung der Arbeitszeit zu folgendem Ergebnis geführt:

Die Direktion der BVG ist berechtigt, bei Betriebsnotwendigkeit für das technische Personal, etwa 7000 Beschäftigte, die Arbeitszeit bis auf 40 Stunden in der Woche zu senken. Bei 40stündiger Arbeitszeit wird der Ausfall des Verdienstes zwischen 40 und 44 Stunden für die im Stundenlohn Stehenden mit 50 v. H. vergütet, so daß also derjenige, der 40 Stunden arbeitet, 42 Stunden bezahlt bekommt. Diese Abmachungen gelten bis auf weiteres.

Bei dem niedrigen Stand der Löhne der BVG-Arbeiter, die sich in diesem Jahre verschiedene empfindliche Lohnkürzungen gefallen lassen mußten, bedeutet diese Vereinbarung eine neue unerträgliche Verschlechterung der Lebenslage der betroffenen 7000 Arbeiter. Warum geht die BVG nicht dazu über, die Riesengehälter der leitenden Direktoren abzubauen und an Stellen einzusparen, wo dies möglich und tragbar ist? Die Funktionäre werden zu dieser Vereinbarung noch Stellung nehmen, die in dieser Form unmöglich ist und abgelehnt werden muß.

In Neumünster in Holstein, wo die Nationalsozialisten seit langem ganz besonders provozierend auftreten, kam es am Mittwochabend zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Ein SS-Mann wurde getötet. Die Verhaftungen richteten sich selbstverständlich nur gegen die Kommunisten.

den Kommandohöhen der Gesellschaft stehen zu können. Die gesellschaftliche Konsequenz, das Einsetzen für das werdende Neue wird stets nur im wenigsten möglich sein. Denn es bedeutet die Abkehr von der Klasse, ja den dauernd sich verschärfenden Kampf gegen die Klasse, aus der man hervorging; der Klasse, die die Träume dieser Jugend nährte!

Die Arbeiterklasse aber sieht, wie auch hier wieder der Klassencharakter des Staates durchbricht. Die staatlichen Erzieher dieser Jugend, sie finden ein Maß von Verstehen für diese Ausschreitungen, die dem Todeskampf ihrer Klasse entspringen, das keinem Proletarier zuteil wird, der aus tausendmal gewaltiger Not heraus tausendmal geringfügigere Verstöße gegen die bürgerliche Ordnung begeht. Nie wird er dies Verständnis finden, bis der Klassenstaat der Bourgeoisie abgelöst ist durch den Klassenstaat des Proletariats, der allein den Klassengegensatz mit dem Bürgertum zugleich überwinden kann.

Blaue Bohnen gegen Erwerbslose

Ein Demonstrant getötet

Am Donnerstag veranzalteten in Lübeck Erwerbslose eine Kundgebung in der inneren Stadt. Polizeibeamte, die den Zug auflösen wollten, fanden Widerstand und machten von der Schußwaffe Gebrauch. Der 50 Jahre alte Schuhmacher Friedrich Schütt erlitt einen Schuß in den Leib. Er war sofort tot.

Das ist das Rezept des Brüning-Severing-schen Machtapparats: scharfe Schüsse gegen die Hungernden!

Ein Sportflugzeug abgestürzt

Zwei Tote

München, 12. November.

Am Donnerstag nachmittag stürzte über dem Flugplatz Oberwiesenfeld ein Sportflugzeug ab. Der Führer, Freiherr von Michel-Raulino und sein Begleiter, der Student Bagel aus Düsseldorf, wurden getötet. Die Ursache des Absturzes ist bisher unbekannt.

Abgereist. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Boening sollte dieser Tage eine viermonatige Gefängnisstrafe antreten. Als man ihn festnehmen wollte, stellte sich heraus, daß Boening abgereist ist. Sein derzeitiger Aufenthalt ist unbekannt.

parteilich-liberalen Revolte gegen seine jetzigen Tory-Freunde eine Rückkehr zu versuchen. So würde das alte Spiel fortgesetzt.

Der Kapitalismus wird versagen

Was auch seitens der Arbeiterpartei geschehen mag, das Versagen des Kapitalismus wird bleiben und sich vertiefen. Es mag zu einer vorübergehenden Erholung des Exports durch den 25prozentigen Preisfall britischer Güter auf dem Weltmarkt kommen, aber die heimischen Preise werden bestimmt steigen und das aufwühlende Problem der Unterkonsumtion wird fortauern. Zölle mögen dagegen zu einem zeitweiligen Aufschwung in gewissen Industrien führen, aber das wird nur die Verwirrung verstärken und das Chaos beschleunigen. Auch kann weder die Aufgabe des Goldstandards noch die Einführung von Zöllen die Lohnsenkung verhindern, die viele Industrien im nächsten Jahr bedroht. Die Arbeitslosen sind schon an einem Gipfelpunkt der Entbehrung angelangt, und ihre Zahl wird nach vorübergehender Besserung wieder wachsen. Der fortschreitende Niedergang des Kapitalismus bleibt die beherrschende Tatsache.

Sollte diese Regierung vier oder fünf Jahre am Ruder bleiben, so kann leicht eine revolutionäre Situation eintreten. Preise hinauf, Löhne herunter, Arbeitslosigkeit hinauf, Fabriken, Bergwerke, Werkstätten geschlossen — was außer Zusammenbruch kann das Ende sein? Es sei denn, es würden, bevor solche Vernichtung eintritt, kühne und weittragende Maßnahmen ergriffen, um das ganze wirtschaftliche Leben der Nation zu erfassen und es in sozialistischer Richtung wieder aufzubauen.

Unser Kurs ist klar

Die Aufgabe der Sozialisten ist danach klar. Wir müssen der unausweichlich wachsenden Unzufriedenheit der arbeitenden Klasse eine positive sozialistische Richtung geben. Wir müssen in den Arbeitern den unbezähmbaren Geist wecken, der allein die Umwandlung vom Kapitalismus zum Sozialismus durchführen kann. Wir dürfen die Schwierigkeiten nicht unterschätzen. Wir dürfen nicht verhehlen, daß es ein Leidensweg sein kann. Aber wir müssen ihren Willen auf diese Aufgabe richten, was immer sie zu gewärtigen haben.

Unsere erste Pflicht ist, innerhalb der Unabhängigen Arbeiterpartei die tausende von Männern und Frauen zu sammeln, die die sozialistische Lektion aus der Nutzlosigkeit der letzten zwei Jahre und dem Unheil gelernt haben, das ihnen gefolgt ist. Unsere zweite muß sein, unter den Arbeitern den Kampfgeist wieder zu erwecken, der für die industrielle Auseinandersetzung der nächsten Jahre erforderlich ist. Gleichzeitig müssen wir die Aufgabe übernehmen, die Erwerbslosen zu organisieren, um sie wirksam einsetzen zu können.

Ich bin mir klar über die organisatorischen Probleme, die damit zusammenhängen — unsere Beziehungen zur Arbeiterpartei auf der einen, zur kommunistischen Partei auf der anderen Seite, und die Entwicklung unserer eigenen Partei derart, daß sie der neuen Situation gewachsen ist.

Die unmittelbare Tatsache, die wir in Beziehung zur Arbeiterpartei ins Auge zu fassen haben, ist die: Unseren fünf Abgeordneten ist die Fraktionsgemeinschaft mit der Arbeiterpartei verweigert worden; sie bilden infolgedessen eine unabhängige Partei. Wenn dieser Zustand eine geraume Zeit anhält, kann die Unabhängige Arbeiterpartei der Arbeiterpartei nicht mehr angeschlossen bleiben. Das bedeutet nicht nur die Isolierung unserer parlamentarischen Vertreter, sondern auch den Ausschluß der von uns Ernannten von späteren Kandidaturen.

Aber diese Fragen sind nur ein Symptom. Das eigentliche Problem ist ein politisches. Wird der Kurs der Arbeiterpartei jetzt streng sozialistisch werden? Wird sie mit dem Reformismus (gradualism) brechen? Die Antwort auf diese Frage ist entscheidend für unsere Beziehung zur Arbeiterpartei.

In bezug auf die Kommunisten (abgesehen von Methode und Geist) die unmittelbare Schwierigkeit diese: Während sie zur „Einheitsfront“ auffordern, greifen sie jeden an, der sich ihnen nähert. Es kann keine Zusammenarbeit geben, solange dieser Geist herrscht.

Die ILP selbst

Wenn wir uns jetzt zur Unabhängigen Arbeiterpartei selbst wenden, so sind wir von Vertrauen erfüllt. Niemals haben wir eine bessere Mitgliedschaft, besonders an jungen Männern und Frauen gehabt; eine Mitgliedschaft, die klar ist im Ziel, entschlossen im Geist und geschickt in der Aktion. Wir wissen, daß sie die Aufgabe, das Werk und die Organisation der ILP auszudehnen, übernehmen wird. Wir wissen, daß sie den noch größeren Aufgaben gewachsen sein wird, die ihr bei dem Endkampf für den Sozialismus bevorstehen.

Unser Ziel ist klar: Es muß eine Massenbewegung geschaffen werden, die unbeugsam politische und industrielle Mittel gleichermaßen benutzt, um Macht zu gewinnen über das wirtschaftliche Leben der Nation, so daß die Arbeiter den ersten Anspruch auf den Ertrag haben, und daß die Herrschaft der Unternehmer, Geldmagnaten und Agrarier beendet wird.

Nachwort der Redaktion:

Ob die Entwicklung den Wege gehen wird, das Fenner Brockway hier andeutet, ist noch nicht sicher. Der Parteivorstand der ILP hat den für den 22. November angesetzten außer-

Militär und Luftfahrt im abgerüsteten Deutschland

Geheim . . .

Das Volk darf nicht wissen, wofür sein Geld ausgegeben wird

Am 17. November beginnt vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts die neue Hauptverhandlung gegen den Redakteur Carl v. Ossietzky und den Schriftsteller Walter Kreiser wegen des Vorwurfs des Landesverrats und des Verrats militärischer Geheimnisse. Bereits im Mai dieses Jahres sollte der Prozeß verhandelt werden, er wurde aber vertagt, weil das Auswärtige Amt damals keinen Sachverständigen entsenden konnte. Der Oberreichsanwalt wirft den Beschuldigten nach der Anklage vor, durch einen im März 1929 in der Weltbühne erschienenen Artikel „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“, bisher unbekannt Nachrichten über die militärische Verwendung von Etatsmitteln, veröffentlicht zu haben.

Die Beschuldigten wehren sich gegen den Vorwurf des literarischen Landesverrats auf das Entschiedenste und stellen fest, daß sie in ihren Mitteilungen über die erlaubte Etatskritik nicht hinausgegangen seien. Sie vertreten den Standpunkt, daß es gerade zu jener Zeit, als die Lohmannaffäre die Öffentlichkeit lebhaft beschäftigte, ihre publizistische Pflicht

gewesen sei, auf wirtschaftliche Verwendung der Steuergelder zu drängen und sich gegen militärische Spielereien zu wenden.

Zwischen der Verteidigung und dem Reichsgericht ist ein Konflikt entstanden. Die Verteidigung, die in den Händen der Rechtsanwälte Prof. Dr. Alsberg, Dr. Apfel, Rudolf Olden und Dr. Kurt Rosenfeld liegt, hat verlangt, daß das Reichswehrministerium nicht, wie es angekündigt hat, erst in der mündlichen Hauptverhandlung vor dem Reichsgericht, sondern bereits vorher ein schriftliches Gutachten erstatten müsse. Weiter verlangt die Verteidigung, daß das Auswärtige Amt ebenfalls einen Sachverständigen zur Verhandlung entsende und sich nicht mit der Erstattung einer schriftlichen Meinungsäußerung begnüge. Als Sachverständige werden in dem Prozeß Major Himer und Ministerialrat Dr. Wögerdt von der Luftfahrtabteilung des Reichsverkehrsministeriums erscheinen. Die Anklage wird von Reichsanwalt Nagel vertreten werden, während den Vorsitz in der Verhandlung Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten führen wird.

Thüringer Notverordnung

Kein Geld für wirtschaftliche Notwendigkeiten — Aber Sonderregelung für Beamtengehälter

Weimar, 12. November.

Das Thüringische Staatsministerium stimmte am Mittwoch dem Entwurf einer zweiten Verordnung zur Sicherung der Haushalte des Landes, der Kreise und der Gemeinden zu. In der Verordnung soll eine vereinfachte Veröffentlichung von Polizeiverordnungen vorgesehen (zu deutsch: eine weitere Verschärfung der Polizeiwilkkur! D. R.), die Pflicht von Gemeindebeamten, im Auftrage des Ministeriums als Staatskommissare in ihren Gemeinden tätig zu sein, festgelegt und die Möglichkeit eröffnet werden, bei den Besoldungen von Wahlbeamten in besonderen Ausnahmefällen zur Vermeidung von Härten eine günstigere Regelung als wie nach den allgemeinen Richtlinien eintreten zu lassen.

Einer Neufassung der Staatsverträge

zwischen Thüringen und Preußen über die Gerichtsgemeinschaft vor vorbehaltlich der verfassungsgemäß erforderlichen Genehmigung ebenfalls zugestimmt. Dagegen soll einer Anregung des sächsischen Finanzministeriums, die Verhandlungen über die Bildung einer Wassergenossenschaft (Weiße Elster) wieder aufzunehmen, wegen der jetzigen schwierigen Lage der Gemeinden und der privaten Wirtschaft nicht entsprochen werden.

Da thüringische Finanzministerium soll durch eine Verordnung ermächtigt werden, die Anteile der Gemeinden an den persönlichen Schullasten und an den Kosten der Lernmittel, soweit sie durch die Einkommen- und Körperschaftsteueranteile nicht gedeckt werden, auf andere Gemeindesteueranteile zu verrechnen.

Notwendige Klärung

Austritt Boncour aus der französischen Sozialistischen Partei?

Paris, 12. November.

Die radikale Zeitung „République“ veröffentlicht gewisse Gerüchte, die über die Wahl des sozialistischen Abgeordneten Paul-Boncour zum Senator in Umlauf seien. Danach sollen die linksstehenden Wähler, die für die Kandidatur von Paul-Boncour gestimmt haben und der Sozialistischen Partei fernstünden, vor allem die Versicherung erhalten haben, daß Paul-Boncour aus der Sozialistischen Partei austrete, wenn er in den Senat gewählt werde, zumal er sich in den letzten Jahren nicht in voller Übereinstimmung mit seiner Partei befunden habe. Nach einigen Gerüchten will sich Paul-Boncour, nachdem er nunmehr tatsächlich zum Senator gewählt worden ist, bei der radikalen Senatsfraktion (also nicht bei der sozialistischen) als Mitglied eintragen lassen. Andere Gerüchte besagen allerdings, Paul-Boncour werde sich im Senat keiner Fraktion anschließen, aber aus der Sozialistischen Partei austreten. Jedenfalls soll Paul-Boncour außerdem die Absicht haben, sich um den Posten des Vorsitzenden des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten zu bewerben, wobei er als Gegenkandidaten den früheren französischen Botschafter in Washington Senator Bérenger haben dürfte.

„Nicht in voller Übereinstimmung“ ist eine sehr vorsichtige Ausdrucksweise. Paul-Boncour, der für sich allein beinahe einen äußersten rechten Flügel der Partei bildete, hat schon längst nur noch einen sehr lockeren Zusammenhang mit der französischen Sozialistischen Partei gehabt, hat sich um ihre Beschlüsse nicht gekümmert, als großer Herr ihre Partei einfach sabotiert. Da er zweifellos ein sehr begabter und auch kenntnisreicher Mann ist, wird er sich durch seinen Austritt, den wir für sehr wahrscheinlich halten, wohl die Bahn zum äußeren Erfolg öffnen, nach dem sein Ehrgeiz strebt. Unter solchen Umständen kann man nicht einmal sagen: ein Verlust für die Sozialistische Partei. Im Gegenteil, eher eine notwendige Klärung.

Bränin macht Schule. Der bulgarische Ministerpräsident Muchanoff hat im Ministerium den Antrag eingebracht, der die Bildung eines Wirtschaftsbeirats nach dem deutschen Vorbild vorsieht.

ordentlichen Parteitag vertagt und einen Antrag auf Austritt aus der Labour Party (Arbeiterpartei) abgelehnt. Der Vorsitzende der ILP ließ jedoch keinen Zweifel, daß damit keine Unterwerfung unter die Fraktionsdisziplin ausgesprochen ist, die die ILP-Abgeordneten in Scarborough, auf dem Parteitag der Labour Party, verweigert hatten. Immerhin ist mit neuen Besprechungen zu rechnen und die endgültige Entscheidung bis zum ordentlichen Parteitag der ILP, d. h. bis Ostern nächsten Jahres

Die gute Königin

Für Hollands Schul-Lesebücher

Haag, 11. November.

In der gestrigen Sitzung der 2. Kammer teilte der holländische Finanzminister mit, daß die Königin-Mutter und die Prinzessin Juliana für das Jahr 1932 auf 10 Prozent ihres Einkommens verzichtet haben. Die Königin selbst hat u. a. die Pachten der Krondomänen herabgesetzt, so daß ihre Einnahmen im Jahre 1932 um mehr als 10 Prozent hinter denen des laufenden Jahres zurückbleiben werden.

Werden die armen Frauen sich einschränken müssen . . .

Volksbegehren auf Neuwahl in Danzig?

Danzig, 11. November.

In der Sitzung des Danziger Volkstages stand der Antrag der Sozialdemokraten auf Auflösung des Volkstages und Ausschreibung von Neuwahlen zum Danziger Volkstag zur Beratung. Nach vielstündiger Aussprache, in der die Gegensätze heftig aufeinanderprallten, wurde der sozialdemokratische Antrag von den Antragstellern zurückgezogen, nachdem sie aus den Verhandlungen erkannt hatten, daß er keine Mehrheit finden würde. Der sozialdemokratische Redner erklärte dazu, daß seine Partei außerhalb des Parlaments die Entscheidung der Bevölkerung anrufen werde. Es dürfte also mit einem sozialdemokratischen Volksbegehren zu rechnen sein. Der Volkstag vertagte sich darauf bis zum 2. Dezember.

Pogrom auch in Rumänien

Bukarest, 12. November.

In der Stadt Ungheui drangen einige Mitglieder der antisemitischen Liga in einen Tanzsaal, in dem eine jüdische Vereinigung einen Ball abhielt. Es kam zu einer wüsten Schlägerei. Ein junger Jude wurde dabei erstochen, fünf andere erlitten schwere Verletzungen. Die Gendarmerie hat die Täter verhaftet.

Sie beraten. Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den Reichskanzler zu einem längeren Vortrag über die außenpolitische Lage und den Stand der Arbeiten in den Unterausschüssen des Wirtschaftsbeirats.

vertagt. Vielleicht — und wir wünschen das sehr — geht die Labour Party einen Weg, der der ILP die organisatorische Zugehörigkeit möglich macht. An einer Abstößung der ILP nach deutschem Muster, um „unbequeme Gesellen“ loszuwerden, dürfte die Arbeiterpartei kein Interesse haben. Der in Scarborough gemachte Versuch, mit disziplinarischen Mitteln gegen Ueberzeugungen loszugehen, widerspricht doch wohl der Tradition der Arbeiterpartei; man wird sich wohl auf die bessere Vergangenheit besinnen.

Sie haben Waffen!

Köln, 12. November.

Etwa 100 Nationalsozialisten veranstalteten in Köln einen öffentlichen Umzug. Als die Polizei den Zug in der Luxemburger Straße auflöste, warfen einige Teilnehmer Hieb- und Schlagwaffen fort, die sie mitgeführt hatten. Die Waffen wurden polizeilich sichergestellt. Dreißig Personen, die sich an Ort und Stelle nicht ausweisen konnten, wurden festgenommen.

Die Angst vor dem Wort

Dresden, 11. November.

Wie im Zusammenhang mit dem Fall des Dresdener Fahnenjunkers Eberhardt von der Polizei mitgeteilt wird, haben die Versuche der Kommunisten, Einfluß auf Wehrmacht und Polizei zu gewinnen, in letzter Zeit auch bei der Dresdener Polizei in verstärktem Maße eingesetzt. Die Beamten der Schutzpolizei wurden mit kommunistischen Propaganda- und Zersetzungsschriften in den letzten Wochen förmlich überschwemmt. Die Schriften sind von den Beamten unverzüglich bei den zuständigen Stellen abgeliefert worden.

Was ein richtiger Schupo ist, der darf eben nichts lesen, was nicht obrigkeitlich abgestempelt ist. Er muß es fein säuberlich abliefern. Was das klassenbewußte Proletariat eigentlich erstrebt, weshalb und warum es kämpft, darf der Polizist nicht wissen. Er darf nur eines wissen: daß es seine Pflicht ist, dreinzuschlagen.

Noch 22 Schutzbündler in Haft

Bremen, 11. November 1931.

Die Polizeidirektion hat für die Ermittlung des Täters, der bei der Schlägerei am Montagabend den Nationalsozialisten Becker erstochen hat, eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt. — Von dem im Zusammenhang mit diesen Schlägereien festgenommenen Arbeitern (bekanntlich verhaftet!) wurde am Mittwochabend ein Teil nach erfolgter Vernehmung aus der Haft entlassen. 22 Arbeiter, alle sozialistische Schutzbündler, blieben weiter in Haft.

Die freieste Republik der Welt . . .

Das württembergische Innenministerium hat die „Arbeiter-Tribüne“, Süddeutsche Wochenzeitung des werktätigen Volkes, Organ der KPD-Opposition, wegen eines Artikels „hochverräterischen Charakters“ auf die Dauer von drei Wochen verboten.

Die Dresdener kommunistische Tageszeitung „Arbeiterstimme“ ist neuerdings auf vier Wochen und zwar bis einschließlich 9. Dezember verboten worden. Die Verbotsbegründung stützt sich auf die zweite Notverordnung zur „Bekämpfung politischer Ausschreitungen“ vom 10. August 1931.

Um ermordete Proletarier

Hamburg, 12. November.

Im Henning-Prozeß, in dem es sich um die Ermordung mehrerer Kommunisten durch Nationalsozialisten handelt, führte Staatsanwalt Lehmann u. a. aus, die Tat sei geboren aus der feindlichen Stimmung, die zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten bestände. Die Bedrohung des Autobusführers sei als vollendete Nötigung anzusehen. Es stehe fest, daß alle drei geschossen hätten. Erwiesen sei der gemeinsame Vorsatz, die Kommunisten zu töten. Eine Ueberlegung sei nicht erwiesen; es sei also eine Affekthandlung, nicht Mord, sondern Totschlag, und zwar ein vollendeter und ein versuchter Totschlag.

Zusammenfassend beantragte dann der Oberstaatsanwalt wegen gemeinschaftlichen, vollendeten und versuchten Totschlags, wegen Nötigung und wegen verbotenen Schußwaffenbesitzes gegen die Angeklagten Höckmair zehn Jahre Zuchthaus, Jansen neun Jahre Zuchthaus und Bammel acht Jahre Zuchthaus. Also „gemeinsamer Vorsatz“ ist erwiesen, aber „Ueberlegung“ nicht! Es ist doch etwas um die juristische Kunst! Seltsam nur, daß sie sich so gut nur immer bewährt, wenn es sich um nationalsozialistische Mörder handelt und die Opfer Proletarier sind.

Kommunistenhatz in Polen

38 Führer verhaftet

Oppeln, 11. November.

Wie die „Oberschlesische Tageszeitung“ meldet, hat die Sosnowitzer Polizei alle kommunistischen Organisationen des Sosnowitzer Reviers aufgelöst und 38 führende Kommunisten des Bezirks verhaftet.

In der Meldung werden natürlich ein Dutzend und noch mehr Gründe für die Notwendigkeit dieser Verhaftung angeführt. Es ist überflüssig, sie zu erwähnen. Wann wäre ein kapitalistisches und gar erst ein faschistisches Regime um Gründe verlegen, wenn es gegen Proletarier ausschlägt?

Der wachsame Konkurrent. Mit Rücksicht auf die Vorteile, die Frankreich durch den Abschluß des neuen Handelsvertrages erzielt hat, ist der amerikanische Botschafter bei der spanischen Regierung vorstellig geworden und forderte für die Vereinigten Staaten gleich günstige Bedingungen.

Verdientes Schicksal

Churchill verspottet MacDonald

Die Faschistenpresse lobt ihn

London, 12. November.

Bei der Fortsetzung der Unterhausdebatte über die Thronrede ergriff Churchill das Wort zu einer Rede, die besonders durch ihr nachdrückliches Eintreten für Schutzzölle bemerkenswert war. Churchill kritisierte scharf die Politik der Arbeiterpartei und erklärte ironisch, daß MacDonald mehr getan habe, um den Sozialismus aufzuhalten und zu zerstören, als irgendein anderer es hätte tun können. Die Arbeiterpartei sei wieder an dem Punkt angelangt, wo sie vor 25 Jahren begonnen habe. Seitdem habe sie nicht einen förderlichen Plan durchgeführt und keine für den Staat nützliche Politik betrieben. Schließlich habe sie das Land an den Abgrund einer Katastrophe geführt. Churchill zeigte sich befriedigt, daß MacDonald England von dieser Gefahr befreit habe.

Aber nicht nur aus dem Munde dieses scharfmacherischen Konservativen und Hochschützöllners wird MacDonald Lob gespendet, daß er sein Damaskus erlebt hat. Auch die Faschistenpresse ist über seine Guildhall-Rede aus dem Häuschen. Der „Corriere della Sera“ stellt mit Befriedigung fest, „daß die Auffassungen MacDonalds und der italienischen Regierung in hohem Maße übereinstimmen“.

Dann sind sie ja bestimmt rein sozialistisch!

Der Standpunkt der Opposition

London, 11. November.

Der Arbeiterführer Wedgwood, der nach Churchill im Unterhaus das Wort ergriff, erklärte sich

gegen eine Stabilisierung des Pfundes auf seinem ursprünglichen Werte,

Ber Terror in Bremen

Zu den blutigen Zusammenstößen in Bremen wird uns noch geschrieben:

Es vergeht in Bremen kaum ein Tag, an dem nicht Zusammenstöße zwischen Faschisten und Arbeitern sich ereignen. Bereits Mittwoch voriger Woche versuchten SA- und SS-Leute, in Zivil gekleidet, die Küster-Versammlung der Friedensgesellschaft „hochgehen“ zu lassen. Nur durch das entschlossene Eingreifen unseres Schutzbundes ist verhütet worden, daß es zu größeren Zusammenstößen kam. Aber unerhört ist das Verhalten eines Polizisten. Dieser gab einem von unseren Genossen einem SA-Mann zum Festhalten!! So weit also ist es schon gekommen, daß die Polizei die Nazis gebraucht, um Arbeiter zu verhaften! Arbeiter wurden erfolglos nach Waffen durchsucht, aber kein Gedanke, daß diese Waffensuche auch nur bei den Nazis versucht wurde. Terror wütet über Bremen, aber die Polizei verhaftet Unschuldige. Verprügelt die Arbeiter und läßt die bewaffneten Faschisten weiter wüten.

Am Montagabend fand die Gründungsversammlung des Schutzbundes in Bremen statt. Zum Schluß der Versammlung wurde uns mitgeteilt, daß die Nazis, die zur selben Zeit eine Versammlung in einem ganz anderen Stadtteile hatten, sich auf Richtung Bornstraße (wo sich unser Lokal befindet!) konzentrierten. Vor dem Arbeiter-Samariter-Heim kam es zu Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und Nazis. Unsere Genossen eilten zur Hilfe und im Augenblick entstand eine wüste Schlägerei. Die Hakenkreuzbanden waren mit Totschlägern, Karabinern und Revolvern schwer bewaffnet. Polizei kommt und greift ein. Aber nicht etwa gegen die Nazis — nein: gemeinsam mit den Nazis gegen unsere Genossen! Das ASB-Heim, die Arbeiter wurden nach Waffen durchsucht. 81 Schutzbündler, 8 Reichsbanner und 1 Kommunist wurden verhaftet, aber nicht einer von den schwer bewaffneten Hakenkreuzbanditen wurde nach Waffen durchsucht. Nicht einer wurde inhaftiert. Die 200 Faschisten, die mit dieser Schlägerei nicht genug hatten, zogen mit dem Ruf:

„Schlagt die Hunde tot!“

zum Volkshaus. Auch hier entstand eine wüste Schlägerei. Das Ergebnis dieser Nacht: 1 Toter (Nazi), zahlreiche Schwer- und Leichtverletzte. 90 Arbeiter in Haft.

Wir fragen die Polizei; wir fragen die Staatsanwaltschaft:

Warum verhaftet man Arbeiter und läßt die schwerbewaffneten Nazibanditen laufen? Um die „Ruhe und Ordnung“ aufrecht zu erhalten?

Wir fragen weiter: Ist der Staatsanwaltschaft und der Polizei bekannt, daß die Hakenkreuzler planmäßig von drei Seiten gegen das ASB-Heim vorgingen; daß die Nazihorden sich in der Falkenstraße, Georgstraße und Wandredm sammelten und dann in die Bornstraße stürmten? Daß am Tage vorher SA-Banditen sich äußerten „Den Jungens in der Bornstraße werden wir's heute abend heimzahlen?“

Unglaublich ist das Verhalten der Polizei. Wir hören, daß zwei Nazis, mit Gummiknüppel und Revolver bewaffnet, neben einem Schubbeamten gingen und Reichsbannerleuten drohten: „Ihr Bluthunde, ihr werdet am 9. November an die Wand gestellt!“ Der Schubbeamte ist nicht gegen den Revolverhelden vorgegangen! Wir haben gesehen, daß Ueberfall-

da doch das Fallen der englischen Währung die britischen Exporteure in die Lage versetzt habe, mit den anderen Ländern auf gleicher Grundlage in Wettbewerb zu treten. Damit sei aber die Frage des Schutzzolles in ein gänzlich anderes Stadium gerückt, weil ja das Fallen des Pfundes auf die Einfuhr aller nach England kommenden Waren wie ein Zoll wirke. Wedgwood hielt dann weiter eine ausgesprochene antifranzösische Rede und erklärte, England habe ein stärkeres Recht auf Bezahlung seiner an Deutschland gegebenen Kredite als Frankreich auf die Bezahlung der Reparationen.

Weiter hat die Opposition angekündigt, daß sie für die Antwortadressen auf die Thronrede einen Änderungsantrag stellen werde. In diesem werde besonders bedauert, daß die Politik der Regierung keinen Plan für die öffentliche Kontrolle der hauptsächlichsten Industrien und der Landwirtschaft, des Finanzwesens und der Banken vorgelegt habe.

Im Zeichen der „nationalen Front“ Brotpreiserhöhung in London

WTB. London, 11. November.

Die Londoner Bäckervereinigung hat heute beschlossen, vom nächsten Montag ab den Preis für ein vierpfündiges Brot um einen halben Penny auf sieben Pence zu erhöhen.

Baldwin als „Achtundvierziger“

London, 11. November.

Mit 378 gegen 9 Stimmen wurde im Unterhaus ein Antrag Baldwins angenommen, daß während der gegenwärtigen Sitzungsperiode nur von der Regierung Gesetzesanträge eingebracht werden dürfen.

kommandos der Sipo gemeinsam mit bewaffneten Nazis auf Reichsbannerarbeiter einschlugen.

Was gedenken die maßgebenden Stellen gegen die Mordhetze des Bremer Naziblattes zu tun? Das Naziblatt hat z. B. am 10. Nov. geschrieben:

„Es kommt der Tag, an dem wir die Macht in der Hand haben werden, und dann wird innerhalb 24 Stunden mit dem Geinadel aufgeräumt.“

Eines aber mögen die sozialdemokratischen Arbeiter sich überlegen: daß die Macht des um seine Befreiung ringenden Proletariats nicht in der Tolerierung des Klassengegners, nicht in Bürgermeister- und Senatorenposten, sondern eben nur in seiner eigenen Kraft liegt! K. G.

Massenhinrichtungen in Tientsin

Der Krieg geht weiter

London, 12. November.

In Tientsin kam es zu neuen Feuergefechten zwischen der Polizei und Aufständischen. Hunderte von chinesischen Banditen (?) wurden in den Straßen der Stadt enthauptet. Nach chinesischen Behauptungen sollen die aufständischen Chinesen durch Japaner, die chinesische Uniformen trugen, verstärkt worden sein. Die Studenten der Nankai-Universität haben das Universitätsgebäude geräumt und sich in die französischen Konzession begeben.

Aus der Fülle der Meldungen, die über den mandschurischen Konflikt vorliegen, greifen wir heraus, daß neu japanische Truppensendungen und Kriegsschiffe „zum Schutze Tientsins“ unterwegs sind. — Aus Moskau wird gemeldet, daß in der Mandschurei alle Eisenbahnstrecken, also auch die von China erbauten, unter die Regie der Südmandschurischen Eisenbahn, Japans also, gestellt werden. Die sowjetamtliche Telegraphenagentur fügt hinzu, diese Maßnahme habe den Zweck, den Verkehr von der unter gemeinsamen russisch-chinesischer Verwaltung stehenden Ostbahn abzulenken.

Briand hat wieder Telegramme an die japanische und chinesische Regierung gesandt mit der üblichen Mahnung, von weiteren militärischen Maßnahmen abzusehen, und den Mitgliedern des Völkerbundes größtmögliche Erleichterungen zu gewähren. — Die Japaner haben in Nanking Einspruch erhoben gegen die Ueberschreitung der japanischen Konventionszone in Tientsin durch chinesische Truppen. — Ueber die Provinz Hupe ist von Tschiangkai-scheh der Belagerungszustand verhängt worden, weil dort japanfeindliche Unruhen ausgebrochen sind. — Aus Tokio wird gemeldet, daß die Russen den chinesischen General Ma mit Waffen und Munition und auch mit Mannschaften unterstützen.

Kurz und schlecht: Der Krieg und die Kriegsberichte gehen weiter.

Zusammenstöße. Während des Martini-Umzuges in Nordhausen, an dem in diesem Jahre etwa 4000 Personen teilnahmen, entstand in der Rautenstraße ein starkes Gedränge. Es kam dabei zu heftigen Zusammenstößen und Nationalsozialisten, in deren Verlauf zwei

Zeigner mißbraucht die Freidenker

Die Arbeiter antworten ihm mit gebührender Deutlichkeit

Köln, 12. November 1931.

Der Sozialdemokrat Dr. Zeigner reist gegenwärtig im Westen von Stadt zu Stadt, um in Versammlungen des Deutschen Freidenkerverbandes über die deutsche Kulturreaktion zu sprechen. So referierte er am 11. November in Köln im großen Volkshaus über das Thema: „Vom Kampf der Justiz, der Zensur und der Polizei für Kirche, Muckertum und Verdummung.“ In diesem Referate vermißte es Dr. Zeigner ängstlich, auf die politischen Ursachen und Zusammenhänge der heutigen Kulturreaktion einzugehen, hätte er doch sonst das Versagen seiner Partei, der Sozialdemokratie, auf kulturpolitischem Gebiete charakterisieren müssen. Der Schluß des Referates war eine eindeutige Agitationsrede für die Sozialdemokratie und Stimungsmache gegen die SAP. Gegen solchen parteipolitischen Mißbrauch der Freidenkerveranstaltung entstand aus der Versammlung heraus

ein Sturm der Entrüstung.

Alle Diskussionsredner mit Ausnahme einer Genossin verwarnten sich aufs schärfste gegen die Methode, Presse und Versammlungen des Deutschen Freidenkerverbandes in den Dienst sozialdemokratischer Propaganda zu stellen. Ein Genosse geißelte vor allem auch das Verhalten des Verbandsvorsitzenden Max Sievers, der in Nr. 17 des „Freidenkers“ eindeutig Stellung gegen die SAP nahm.

Dr. Zeigner suchte sich in seinem Schlußworte mit dem Hinweis zu entschuldigen, er sei provoziert worden. Am Eingang des Saales sei ihm von jungen Genossen der SAP gedroht worden, wenn er sich in der Versammlung zur SPD bekannte, würden sie ihn nicht weiterreden lassen. Wie diese Entschuldigung Dr. Zeigners zu bewerten ist, wird daraus ersichtlich, daß er der Aufforderung des Genossen Herkenrath, diese Genossen im Saale zu zeigen, nicht nachkam. Die Unduldsamkeit der Sozialdemokraten und der für diese Versammlung aufgebotenen Reichsbannerleute zeigte sich am Schluß der Versammlung in grellem Lichte, indem man dem Genossen Herkenrath das Wort zur persönlichen Bemerkung, das ihm von dem Leiter der Versammlung erteilt worden war, durch Brüllen und Trampeln unmöglich machte.

Die letzten Vorkommnisse im Deutschen Freidenkerverbande verdeutlichen es allen Parteigenossen, daß sie wie in den anderen Arbeiterorganisationen sich auch in diesem Verbande energisch zur Wehr setzen müssen, damit nicht die Freidenkerbewegung für Zwecke reformistischer, sozialdemokratischer Politik mißbraucht wird. Daß dies erfolgreich möglich ist, beweist der Verlauf der Kölner Versammlung, in der nur eine Minderheit den

Sozialdemokraten Dr. Zeigner in seinem der Deutschen Freidenkerverband schädigenden Verhalten unterstützte.

Radbruch enthüllt

Der Sozialismus ist da!

Vor dem Mikrophon der Berliner Funkstunde debattierten die Professoren Radbruch, Tillich und Hendrik de Man über „den Sozialismus und die heutige Lage“. Dabei hat Radbruch seine Auffassung über die heutige Lage — nach dem Bericht eines Berliner Blattes — folgendermaßen skizziert:

„Nach Radbruchs Ansicht befinden wir uns heute mitten in sozialer Revolution. So herrscht bereits partielle Planwirtschaft als Uebergang zum vollständigen Sozialismus. Dieser ist schon werdende Wirklichkeit.“

Lohnkürzungen, Sozialabbau, Bankenkontrolle durch Bankiers, Maulkorbbedikte und die zu erwartenden Beschlüsse eines kapitalistischen Wirtschaftsbeirats stellen n. h. für Gustav Radbruch den „Uebergang zum vollständigen Sozialismus“ dar.

Genossinnen und Genossen von der Sozialdemokratie, was sagt ihr zu diesem zynischen Hohn auf euer Elend?

Bütteldienst für Mussolini

Antifaschistische Propagandaflyer verhaftet
Konstanz, 11. November.

Auf dem hiesigen Flugplatz ist am Montag ein Flugzeug festgehalten worden, dessen Insassen sich durch ihr Benehmen verdächtig gemacht hatten und in dem auch einige antifaschistische Flugblätter gefunden worden waren. Im Zusammenhang damit war in Freiburg ein Kraftwagen festgehalten worden, der große Mengen antifaschistischen Propagandamaterials mit sich führte.

Die Insassen des Autos, drei Italiener und ein Deutscher, wurden verhaftet.

Gandhi fordert

Völlige Unabhängigkeit Indiens

Chemnitz, 11. November.

Die hiesige Allgemeine Zeitung veröffentlicht eine Unterredung, die der Londoner Vertreter des Blattes gestern mit Gandhi gehabt hat. Das künftige Schicksal Indiens und die jetzt ergebnislosen Verhandlungen der Indienkonferenz bildeten den Kernpunkt des Gesprächs. Die Äußerungen Gandhis waren pessimistisch, wenn auch nicht hoffnungslos und zeigten den unabänderlichen Willen des Mahatma,

Indien zur Freiheit und Selbständigkeit zu verhelfen.

Es sei an sich durchaus denkbar, daß eine Regelung der Minderheitsrechte von hoher Hand, durch die britische Regierung oder durch Schiedsgericht, von allen Parteien in Indien einschließlich der orthodoxen Hindus akzeptiert würde. Darüber ließ aber Gandhi keinen Zweifel,

daß ein Fortbestehen des gegenwärtigen Zustandes oder eine Regelung auf der Basis des Simon-Berichts entschieden abgelehnt würde.

Die Alternative sei, entweder Indiens Selbstbestimmung, wobei über die Bedingungen im einzelnen und über eine begrenzte Uebergangszeit zu reden sein würde, oder Rückkehr zu militärischer Autokratie. Er sei überzeugt, den Widerstand gegen die britischen Gewalten in Indien auch in Zukunft in unblutigen Formen halten zu können. Der Kernpunkt bleibe die völlige Unabhängigkeit Indiens einschließlich der Finanzhoheit, Militärhoheit und Außenpolitik.

Belagerungszustand auf Korsika

Paris, 12. November.

Wie aus Ajaccio gemeldet wird, ist am Donnerstag auf Korsika der Belagerungszustand verhängt worden.

Von der Lügenfront

Wut in Chemnitz

Die Chemnitzer „Volkstimme“ speit Gift und Galle über Eduard Weckerles Uebertritt zur SAP. Das Blatt schämt sich nicht, diesem Uebertritt niedrigste Motive zu unterstellen. Vor allem empört es sich natürlich über Weckerles Feststellung, daß über die Linke Rede- und Schreibverbot im Chemnitzer Bezirk verhängt ist. Es heißt da in der „Volkstimme“:

Wenn er (Weckerle) dem Bezirk Chemnitz-Erzgebirge zur Verdeckung seiner eigenen Wandlung vorwirft, daß bei uns schon die oppositionelle Linie verlassen worden sei, so müssen wir schon einiges dazu sagen. Weder die Preßkommission noch die Bezirksleitung hat an der Schreibweise der „Volkstimme“

auch nur mit einem Wort Kritik geübt. Aber es ist Weckerle untersagt worden, in der Abwesenheit des leitenden Redakteurs gegen Treu und Glauben Artikel und Berichte in die Zeitung hineinzuschmuggeln, die eine kaum noch versteckte Propaganda für die kommunistische Partei ware.

Das bestätigt Weckerles Feststellung aufs gründlichste! Sogar die übelsten Methoden der Rechten in der SPD haben nun schon siegreich Einzug in Chemnitz gehalten. Was konsequent links ist, das wird einfach als „kommunistisch“ verdächtigt und „untersagt“. (Ein feiner Feldwebelton übrigens!) Und dann sagt man mit frommem Augenaufschlag: Kritik an der linken Schreibweise — gibt es nicht bei uns!

Arbeiter-Sport am Sonntag

Schwimmer werben!

Am kommenden Sonntag, nachmittags 3 Uhr, warten die Freien Schwimmer Charlottenburg 04 e. V. mit einem großartigen Schwimmfest im Volkshaus Charlottenburg, Frummetstraße, auf. Weit über 300 Wettkämpfer treffen in den einzelnen Konkurrenzen zusammen. Die gemeldeten 22 Berliner und auswärtigen Vereine treten mit den besten Mannschaften und Einzelwettkämpfern an den Start. Aus der Fülle des Programms ragen unter den Konkurrenzen besonders die 100-50 Meter Brusttaffel, die Lagenstaffel 3x100 Meter, eine Tauchstaffel und die Männerpaddelstaffel für Männer und bei den Frauen die Lagenstaffel und Einzelschwimmen in den verschiedenen Schwimmarten hervor. Die bekannten Olympiasieger ringen im Kunstspringen der A-Klasse um den Sieg. Im 200 m Kraulschwimmen der A-Klasse trifft der Charlottenburger Grün auf seine alten Rivalen Frohn-Gr.-Berlin, Müller-Weilensee, Franz Grünh und Brüssow müssen sich stark strecken, wenn sie gegen ein so gutes Feld wie Hornfeld-Hellas, Lehmann und Krienke und Meiner von Groß-Berlin, Lux-Union und andere bestehen wollen. Stark belegt sind ferner die Jugendschwimmen für männl. und weibl. Jugend.

Die Ruderer und Kanufahrer treten in zwei Wettbewerben in Aktion. Eine Bruststaffel 4x50 m sieht die Freie Kanu-Union, Fr. Rudervereinigung 1913 Butab, Collegia, Reichsbanner u. a. am Start. Auch die weiblichen Mitglieder der Ruder- und Kanuvereine ringen im Brustschwimmen um den Sieg. Neben Rettungsvorführungen und einem Frauenkunststreifen werden besonders die Wasserballspiele den Höhepunkt des Festes bilden. Das Hauptspiel sollte der Bundesmeister Charlottenburg sicher gewinnen. Aber auch die Kinder kommen in besonders angelegten Konkurrenzen ebenfalls zur Geltung. — Alles in allem verspricht die Veranstaltung schon durch das gute Meldeergebnis und die geschickte Zusammenstellung interessant zu werden. Alle Freunde des Schwimmsports sind herzlich eingeladen. Die Eintrittspreise sind den Verhältnissen angepaßt. Erwachsene zahlen 75 Pfg., Erwerblose 50 Pfg.

Wasserball-Serienspiele.
Am Sonntag um 20 Uhr stehen sich in den Wasserballserienspielen Union und Berlin XII gegenüber und um 22 Uhr Möwe und Freiheit. Die erstgenannten beider Klassen dürften knappe Sieger bleiben. Die Spiele finden wie üblich in Halensee, im Luna-Bad, statt.

Das Vogtland meldet

Spiel-Vorschau am kommenden Sonntag
Fußball
1. Klasse: Spielv. 23-Oelsnitz-Eintracht, 14.45 (20); Dorfstadt-Treuen, 14.30 (7); Elfeld-Falkenstein, 13.30 (16); Raschau-Kleinfröhen, 14.30 (5); Kürbitz-Rempesgrün, 14.30 (4); Rebesgrün gegen Wacker-Plauen 15.00 (14). — 2. Klasse: Eiche 5. Abt. geg. Hohenleuben, 15.00 (3); Rebesgrün-Wacker-Plauen, 13.30 (45); Kürbitz-Rempesgrün, 13.00 (4); Elfeld-Falkenstein, 11.45 (19); Dorfstadt-Treuen, 13.00 (12); Spielv. 23-Oelsnitz-Eintracht-Plauen, 13.00 (50). — 3. Klasse: Eiche 5. Abt.-Plauen-Hohenleuben, 13.30 (3); Spielv. 23-Oelsnitz-Eintracht-Plauen, 11.30 (63); Kürbitz-Rempesgrün, 10.15 (6). — Jugend: Spielv. 23-Oelsnitz-Raschau, 10.30 (27); Kürbitz Knaben-Rempesgrün Knaben, 12.00 (64); Eiche 5. Abt. Knaben-Hasselbrunn Knaben, 10.00 (52).
Ergenannter Verein ist der bauende Verein. Die erste Zahl ist die Anstoßzeit und die zweite (eingeklammerte) Nummer ist der Schiedsrichter.
Handball
Ei he 4. Abt.-Plauen-Hasselbrunn (14.00) Schiri Gen. Mückel; Falkenstein-Eiche 1. Abt. (13.30) Schiri Gen. Müller; Schwimmer-Plauen-Eiche 2. Abt. (10.00) Schiri Gen. Böttcher; Schwimmer-Plauen 2-Hasselbrunn 2 (9.30) Schiri Gen. Schaller; Hasselbrunn 3-Eiche 2. Abt. 2 (10.50) Schiri Gen. Biechschmidt; Eiche 2. Abt. Jgd.-Eiche 5. Abt. Jgd. (11.00) Schiri Gen. Fritsch; Falkenstein Jgd.-Eiche 1. Abt. AM (13.30) Schiri Gen. Müller; Eiche 2. Abt. Knaben-Hasselbrunn Knaben (9.00) Schiri Tanneberger.

Berlin-Brandenburg Hockey

Bei den am kommenden Sonntag stattfindenden Serienspielen dürfte die richtige Paarung im Spiel VfL Ostring 1 gegen die FTGB-Tempelhof sein. Obgleich Ostring als Favorit startet, müssen sie sehr gut auf der Hut sein, denn die Tempelhofer sind augenblicklich sehr stark. Das beweist ihr 5:0-Sieg am letzten Sonntag gegen Rotweiß 2. Das Spiel findet um 15 Uhr im Lichtenberger Stadion statt. — Vorher um 13.30 Uhr empfängt Ostring 2. Mannschaft den Fr. Hockey-Club Spandau 1. Die Gäste werden als Sieger erwartet. — In Pankow, Kissingenstr., werden die Fr. Sportvereine Pankow und der Sportverein Moabit den Kampf um die Punkte führen. Der sandige Platz dürfte den Moabitern viele Schwierigkeiten bereiten und einen Sieg dadurch sehr fraglich erscheinen lassen, obgleich sie eine wesentlich stärkere Kampfeinheit darstellen als die Pankower. Das Spiel beginnt um 10.30 Uhr.

Sachsen-Sport Handball

Planitz I—Chernitz-Nord I. Zwei Bezirksmeister treffen aufeinander und geben Gewähr für einen spannenden Spielverlauf. — **Crimmitschau III—Reinsdorf I,** 10 Uhr. Von Reinsdorf, das in letzter Zeit gute Leistungen zeigte, erwarten wir ein günstiges Abschneiden. — **Haßlau II—Friedrichsgrün I,** 10 Uhr. Die Gäste sind aus der Jugendklasse aufgerückt, und geben einen gleichwertigen Gegner ab. — **Lichtentanne I—Planitz II,** 14 Uhr. Planitz ist der Gefahr des Abstiegs entronnen und sollte sich wieder bessere Leistungen zu eigen machen. — **Zwickau II—Wilkau II,** 9 Uhr. Zwickau III gegen Wilkau AM, 11.30 Uhr. Wahlen Jgd.—Lichtentanne Jgd., 13 Uhr. Cainsdorf Jgd.—Friedrichsgrün Jgd., 10 Uhr. Zwickau 2. Jgd. gegen Planitz Jgd., 12.30 Uhr. Wahlen Knaben gegen Lichtentanne Knaben, 14 Uhr. Neuirchen Knaben—Leubnitz Knaben, 10.30 Uhr. Laßlau Spie.—Netzschkau Spie., 12 Uhr. Lichtentanne Spie.—Ebersbrunn Spie., 9.30 Uhr.

Fußball im Erzgebirge

Vorschau für Sonntag, 15. November.
1. Klasse, Serienspiele: Zschopau I—Gelenau I, 15 Uhr. Geyer I—Herold I, 15 Uhr. Crottendorf I—Buchholz I, 15 Uhr. Aue I—Eierfeld I in Sachsenfeld, 15 Uhr.
2. Klasse, Serienspiele: Eibenstock II gegen Aue II, 13 Uhr. Johanngeorgenstadt III gegen Sachsenfeld II, 13 Uhr. Zschorlau III gegen Zschorlau II, 13.30 Uhr. Crottendorf III gegen Großrückerswalde I, 13 Uhr. Mildenaue III gegen Jöhstadt II, 13 Uhr.
TV. „Die Naturfreunde“ Plauen i. V. Montag, den 16. 11., Lichtbildvortrag des Gen. Liebs-Dresden über die Wintersport-Olympiade in Mürzzuschlag im Gewerkschaftshaus. Wir laden alle wintersporttreibende Sportgenossen dazu ein. Eintritt frei (Anfang 20 Uhr).

PROLETON
GABITZSTR. 20-22 HÖFCHENSTR. 49
ANFANGSZEITEN: 4.30, 6.40, 8.50 UHR
Vom 13. bis 19. November
Kammersänger Richard Tauber
in seinem besten Gesangs-Tonfilm
Die große Attraktion
mit Marianne Winkelstern, Siegfried Arno,
Margo Lyon, Teddy Bill
Großes tönendes Beiprogramm
Neueste tönende Wochenschau
im Varietéteil auf der Bühne:
Charles Oberly
Der König der Pfeilkunst
The Bowman
Rekord der Equilibristik
Für Jugendliche verboten! Fahrradstand vorhanden!
Arbeiter-Sport-Kartell Breslau

Lest und verbreitet
die vom Parteivorstand
herausgegebenen Broschüren!

Um Breslaus Fußballmeister!

Endspiel um die Meisterschaft! 28 erste Mannschaften der 1. Klasse starteten im Frühjahr zum Kampf um die Punkte, kämpften Sonntag für Sonntag auf dem grünen Rasen und warben dabei gleichzeitig für die Idee des Arbeitersportes. Nur eine Mannschaft kann als Meister Breslaus in die weiteren Ereignisse der schlesischen Kreismeisterschaft eingreifen. Mit der Ermittlung der beiden Endspielgegner Blau-Weiß und Einigkeit erscheinen zwei Mannschaften im Endspiel, die man zu Beginn des Frühjahres und selbst noch in den letzten Wochen der Herbstserie nicht erwartet hatte. Es sah lange Zeit so aus, als ob Stern VfB. und Falke die Mannschaften sein sollten, welche den Titel unter sich ausmachen würden. Stern war die einzige Mannschaft, die in glatter Weise die Gruppenmeisterschaft errang. Sie scheiterten in der Bezirksmeisterschaft an Einigkeit und Blau-Weiß. Durch ein kurzes Versagen der VfB.-Mannschaft konnte Blau-Weiß den Punktgleichstand erzwingen und im Ausscheidungsspiel VfB. mit 5:0 niederringen. Damit war Blau-Weiß Gruppensieger. Die größte Überraschung ereignete sich aber in der ersten Gruppe. Durch das Versagen der Falke-Mannschaft standen plötzlich Einigkeit, Falke und FSB. punktgleich an der Spitze. Von diesem Moment an bewies Einigkeit, daß sie die durchschlagskräftigste Mannschaft besitzen und in zwei schweren Ausscheidungsspielen Sieger blieben. Nun steht Breslaus Bezirksmeisterschaft vor dem Abschluß. Zwei Mannschaften mit fast gleichartigem Spielsystem, mit gleich großer Energie, mit gleich großem Siegeswillen, werden am Sonntag auf dem Sparta-Platz in folgender Aufstellung um den Titel ringen:

Blau-Weiß:
Kleinert II, Pogatzke
Schaube, Meißner, Wippler
Glaubisch, Kocher, Koch
Leipner, Martens, Wanowski
Kleinert I
Hoffmann I, Hoffmann II, Klose
Strauß, Wenzel, Böhm
Schneider, Scheibel, Jatzisch

Einigkeit:
Dabei interessiert ganz besonders der Werdegang der jungen Blau-Weiß-Mannschaft, die erst das zweite Jahr dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angehört. Gerade das ist ein Zeichen dafür, mit welchem Idealismus, mit welcher Energie der Weg nach oben erkämpft wurde. Der Papierförm nach scheint Blau-Weiß durch die Verletzung des guten Halbflücker etwas gehandicapt. Vielleicht aber ist gerade der hereingekommene Ersatz die angenehmste Enttäuschung der Mannschaft.

Der schwächste Punkt der Mannschaft dürfte im Torhüter und dem rechten Verteidiger stecken. Dafür bürgt der rechte Läufer aber in unermüdlicher Abwehr und im Aufbau. Der Sturm scheint in seiner Zusammensetzung das stärkste Moment zu sein. Blau-Weiß steht in der Tabelle mit nur einem Punkt hinter Einigkeit auf dem zweiten Platz. Sie wissen, daß nur ein Sieg ihnen den Meistertitel bringen kann.

Und Einigkeit? In den bisher verlaufenen Spielen bewies Einigkeit, daß es eigentlich schwache Punkte in der Mannschaft wenige gibt. Ihr ununterbrochener Siegeszug der letzten Zeit hat natürlich ihren Siegeswillen auf das äußerste gestärkt. Auch Einigkeit steht erstmalig im Endspiel um die Bezirksmeisterschaft. Gutes Verständnis zwischen Sturm- und Läuferreihe, Bevorzugung eines raumgreifenden Flügelspiels, eine sichere Hintermannschaft und einer der besten Torwächter des Breslauer Arbeitersports sind die Momente, welche die Mannschaft zu einem der gefährlichsten Gegner stempelt. Kurz gesagt, in der Aufstellung dieser Mannschaft ist tatsächlich das beste Material vereinigt.

Beide Mannschaften werden in dem Bewußtsein, daß dieses Spiel Tausende von Menschen auf ihre Spielweise und Spielkultur aufblicken läßt, Leistungen zeigen, die bestimmt im Sinne des Arbeiter-Sportgedankens einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen werden. Spielbeginn 14 Uhr 30 auf dem Sparta-Platz am Schlachthof. Ab 12 Uhr Spielverbot für Groß-Breslau.

Gesellschaftsspiele

Die Spiele beginnen sämtlich 10.30 Uhr.
Rapid—Sil. Kick am Hatzfeldweg. — West gegen Herta im Eichenpark. — Herrprotsch—1930 in Herrprotsch. — VfK—Schmolz in Herrmannsdorf. — VfB.—Einheit in Oltaschin. — Sturm—Sparta in Maria-Höfchen. — Hundsfeld—Adler in Hundsfeld. — Oswitz—Union in Oswitz. — Wacker—1924 auf der Zankholzwiese. — Tasmania—Herold an der Riemannshöhe. — Vorwärts—Gr. Nädlitz im Stadion. — Stern—Falke in Gräschen. — 1921—1923 in Kessel.

Arbeitsausschuß. Sonntag, den 15. 11., 9 Uhr vorm. Spielverbot im Bezirkslokal.
Bezirkstechniker. Es sind Wünsche der erwerbslosen Genossen bekannt geworden, Mannschaften zusammenzustellen und Spiele am Wochentag auszutragen. Der Technikerausschuß hat vorerst folgende Spiele in Erwägung gezogen: Breslau-Land gegen Breslau-West. Breslau-West—Breslau-Süd, Breslau-Ost—Breslau-Nord usw. Vereine, deren erwerbslose Mitglieder an der Ausrichtung dieser Spiele interessiert sind, entsenden zu einer Besprechung den Vereinstechniker am Sonntag, dem 15. 11., 8.30 Uhr vorm., nach dem Pflasterbräu.

SAP Frankfurt a. M.
Funktionärkursus
am Montag, 16. November, 20 Uhr
Westhausen-Römerstadt, Römerstadt-Miedernheim, Praunheim-Eschersheim im **Volkshaus Hedderheim**
Sachsenhausen-Innenstadt, Altstadt-Bahnhof, Niederrad-Oberad im **Jugendheim** Löhrgasse 34, Zimmer 10.
Industrie-Pockenheim, Rödelheim-Griesheim, Sossenheim-Ginnheim im **Lokal Karl Becker**, Adalbert-Ecke Gr. Seest.
Nordend-Nordost I u. II, Riederwald-Ostend, Bornheim-Eckenheim, Preungesheim, Bonames-Fechenbach-Seckbach im **Burgblock**, Burgstr. 11, Vortragssaal.
Höchst-Nied., Sindlingenschwanheim, Zeilsheim im **„Zum Anker“**-Höchst.

Inseraten-Akquisiteure
in allen Orten des Reiches — außer Berlin — per sofort für SAZ gesucht.
Angebote erbeten an
Sichel Zeitungs-Verlags-Gesellschaft
m. b. H.
Berlin O 27, Magazinstraße 15/16
SAPD Blasenerhof Berlin (ehemalig USPD)
4. Stiftungsfest
Sonnabend, den 14. Nov. 1931
in Treptow
Straße Am Treptower Park 20
im Kegier-Haus (K. Wolfram)
Einlaß 7 Uhr Anfang 8 Uhr
Karten 0,75 M., Erwerblose 0,40 M. sind bei den Funktionären zu haben.
Fahrverbindung:
Auto 16, Straßenbahn 55, 87, 91, 93, 187

Prager Schwimmer im Kampf

Das am 15. November 1931 stattfindende Hallenschwimmfest der Freien Schwimmer, welches durch die Meldung der Prager Schwimmer einen internationalen Charakter erhält, verspricht, sehr interessant zu werden, da die Tschechen für die Breslauer einen ebenbürtigen Gegner abgeben. Die Prager gehen in fünf Konkurrenzen an den Start.

Die Eröffnungsstaffette 6x50 m Crawl leitet das Fest ein. Hier müssen die Breslauer ganz groß in Form sein, um nicht gleich zum Anfang den kürzeren zu ziehen. Im 100-m-Brustschwimmen ist der Tscheche J. Trynzna als Favorit zu bezeichnen, doch kann Zimmer, Liegnitz, eine Überraschung bringen. Das 100-m-Crawlschwimmen, bestimmt das spannendste Rennen des Tages, sollte formgemäß Werner, Breslau, gewinnen. Der zweite Platz dürfte einem Tschechen zu fallen, da dieselben drei Mann zu diesem Schwimmen gemeldet haben. Die Lagenstaffette über 3x100 m (Brust, Rücken, Crawl) ist vollkommen offen, so daß eine Voraussage, wer hier als Sieger hervorgehen wird, unmöglich ist.

Das Hauptinteresse gilt der Begegnung im Wasserball zwischen Prag und Breslau. Die Tschechen stützen sich vollkommen auf die gleiche Mannschaft, die bei der II. Arbeiter-Olympiade im Wasserballturnier, an welchem acht Ländermannschaften beteiligt waren, den dritten Platz belegen konnten. Schnelles Abspielen des Balles, sowie spurt-schneller Start mit tadellosem und präzisiertem Schußvermögen stempeln die Mannschaft zu einem großen Gegner. Die Breslauer Mannschaft, die in den letzten Wochen eifrig trainiert hat, ist eine der stärksten Wasserballmannschaften, die der Arbeiter-Turn- und Sportbund besitzt, und noch vielen wird in Erinnerung sein, wie im vergangenen Jahre der Bundesmeister im Wasserball, Freie Schwimmer Charlottenburg, nur knapp Breslau schlagen konnte.

Dieses Treffen wird zeigen, daß die Arbeitersportler eine hohe ausgereifte Spielkultur besitzen, und wenn man den Breslauern eine Siegeshoffnung versprechen kann, so darf man sich in den Pragern aber nicht täuschen, denn diese wachsen mit ihrem Gegner.

Aber auch die anderen Konkurrenzen des neunzehn Nummern umfassenden Programms versprechen guten Sport.

Die Breslauer Jugend hat ihren Gegner in der Görlitzer Jugend gefunden, so daß auch hier sportlich schöne Kämpfe zu sehen sind.

Ein Frauen-Kunstreifen, geschwommen von zwanzig Teilnehmerinnen wird bestimmt wieder den Beifall aller finden. Kunstspringen und Gruppenspringen der Jugend und Männer bringen Abwechslung in das Programm. Stafetten der Kinder, Frauen und Männer B-Klasse, vervollständigen das Programm.

Die Eintrittspreise sind den heutigen Verhältnissen angepaßt.

Handballvorschau für Sonntag, 15. November

Am kommenden Sonntag beginnt die zweite Halbserie. Es finden wieder einige interessante Treffen statt, welche auf den Tabellenstand von großer Bedeutung sind.

Männer-A-Klasse. Ohlau—Stabelwitz in Ohlau. — 6. Abt.—1. Abt. im Ostpark. — Südost—2. Abt. in Klettendorf. — Zda.—Mochbern im Stadion. — 8. Abt.—1925 auf der Helmutwiese. — 9. Abt.—7. Abt. in Gandau. — 5. Abt.—Sil. Kick auf der Brückenaue.

Männer-B-Klasse. 6. Abt.—1. Abt. im Ostpark. — Brieg—Wratislawia in Brieg. — Dt.-Lissa—2. Abt. in Dt.-Lissa. — 8. Abt.—1925 auf der Helmutwiese. — 9. Abt.—7. Abt. in Gandau. — 5. Abt.—Sil. Kick auf der Brückenaue. — Mochbern—4. Abt. auf LHB-Platz.

Sportlerinnen. VfL.—9. Abt. in Gandau. — 3. Abt. II—2. Abt. auf der Brückenaue. — 3. Abt. I—4. Abt. auf der Brückenaue. — Hertha-Brieg—FSB. in Brieg.

Die Spiele der unteren Mannschaften sowie Jugend und Schüler, welche auch guten Sport bieten, vervollständigen das Programm des Sonntags.

Bezirksspielausschuß. Die Sportabteilung des Zda hat bis zur Begleichung ihrer Strafe dem Bezirk gegenüber Spielverbot.

Für den Aufbau der Parteiorganisation
brauchen wir Geld! Freiwillige Spenden werden daher jederzeit dankbar entgegengenommen.
Spenden für die Organisation sendet an Post-scheckkonto Leipzig Nr. 41679 (Max Seydewitz)

Danksagung
Für die überaus zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Hinscheiden un-eres innigstgeliebten Sohnes, Bruder, Schwager und Neffen
Otto Weber
sagen wir hierdurch allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Insbesondere danken wir Gen. Faulhaber für seine tröstenden Worte, dem Radfahrerbund „Solidarität“ und den Kollegen des Metallarbeiterverbandes.
Breslau-Tschansch, 11. 11. 31.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen
Kurt Weber und Frau

Tages-Chronik der SAZ

Nachtasyl...

Gegen Abend sieht die Berliner Fröbelstraße aus, als gebe ein Kino Gratisvorstellungen für Erwerbslose — so groß ist das Drängen zwischen 6 und 8 vor dem Männerobdach. Also anschließen an die „Schlange“, die vor dem Schalter steht. Der Mann vor mir hat einen Disput mit dem Beamten, der die Papiere prüft. Er wäre Freiherr von Sowiwo, und ob er nicht ein Einzelzimmer haben könnte. „Na, und deine Abfindung?“ meint jemand. „Einzelzimmer gibts hier nicht“, antwortet der Beamte, „vielleicht versuchen Sie es mal im Adlon!“ Und reicht die Papiere dem Kriminalen weiter. Ueber jeden Gast wird Buch geführt. Gewöhnlich sind von zehn neun vorbestraft. Es wäre nicht das erste mal, daß man bei der Gelegenheit einen schweren Jungen erwischt. Wer mehr als zehn Mark in der Tasche hat, wird gebeten, sich ein anderes Quartier zu suchen. Wer es kann, muß 40 Pfennig für die Uebernachtung zahlen. Dann gehts in Trupps zu 17 Mann in den Ankleideraum. Nachtasyl... stinkender Saal, dessen dicke Luft über schmutzigen Pritschen klebt — schmunzelnd streicht der Herbergsvater von den zerlumpten Gestalten seine Grosechen ein — ja, Kientopp, schlechter Film! Auch in die Quartiere der Obdachlosen ist die Maschinerie der Hygiene eingezogen. Was geblieben ist, ist das Elend, grausamer als je. Nur die Maske ist eine andere geworden.

Ein Beleuchter sucht die Kleider ab. Damit wird die Scheidung vollzogen. Die mit positivem Resultat bekommen eine Marke um den Hals, einen Kleiderbeutel in die Hand, und dann, angetreten, marsch, marsch, ins Bad. Auf leuchtend sauberen Fliesen werden zwangsweise warme Duschen verabreicht. Gegen Abgabe des Kleiderbeutels und der Marke nimmt jeder ein Nachthemd in Empfang. Bis 8 Uhr gibt es kostenlos Abeeßessen. Kommt jemand nach 10 Uhr, so muß er in Kleidern im sog. „unreinen“ Saal schlafen. Der Dienst der Desinfektoren ist dann zu Ende.

Oben, in den Aufenthaltsräumen, herrscht lautes Stimmengewirr. Fröbelstraße beherbergt 3000 Insassen, Charlottenburg, der modernsten eines, 500, wurde aber jetzt als Opfer der Sparmaßnahmen geschlossen. Auf langen Bänken sitzt man, in Hemden, die aussehen wie Totenkleider. Es gibt Tomatensuppe mit Speck. Eine liebliches Aroma steigt in die Nase. „Das ist die Suppe, die uns die anderen eingebrockt haben, und die wir nun auslöffeln müssen“, meint eine ausgemergelte Gestalt mit Hornbrille und löffelt tüchtig aus. Sie alle sind aus ihrer Bahn geschleudert, 20- bis 40-jährige Männer, Arbeiter, Techniker, Studierende, Kellner, die Fäuste haben, die etwas schaffen wollen; sie alle hat der Staat, unfähig, seine Bürger zu erhalten, auf die Straße geschleudert. „Was ich bin und was ich habe, dank ich dir mein Vaterland!“ Mahlzeit! Die meisten gehen nach dem Essen schlafen. Spielen ist verboten. Politisch laut zu denken, ist verboten. Es gibt eine Bibliothek. Den „Hungerpastor“ von Wilhelm Raabe. Und „Die vom Niederrhein“ von Herzog. Aber wir sind zum Lesen zu müde. Die gut durchgeheizten Räume schlafeln ein. Nur schlafen — die Pritschen sind gefedert und die Decken aus starker Wolle. Also nur schlafen! „Wenn ich

jetzt zur S.A. gehörte...“ „Ja, Hitler möchte leicht sein, der mietet gleich sechs Zimmer im Kaiserhof.“ „Na ja, der steht ja auch mit die Stahltrübs auf du und du.“ „Klar, die wollen doch die Zinsknechtschaft brechen.“ Da singt jemand: „Und ob ich Kopf und Kragen auch verliere, ich toleriere, ich toleriere...“

„Rrrrruh!“
Endlich schlafen. Bis am Morgen der gleiche Rundgang beginnt — in umgekehrter Reihenfolge. Beim fließenden Wasser hängt für jeden ein Handtuch, die Suppe dampft wieder, die für manchen das einzige Essen des Tages bleibt, und dann gehts wieder auf die Straße. Es ist 7 Uhr. Es regnet und der Wind treibt Fetzen Papier und die letzten Blätter vor sich her.

Der Tag beginnt. Wohin? Straße auf, Straße ab, ohne Ziel....

L. Schaefer.

Die Anklage wird ausgedehnt!

Im Calmette-Prozeß

WTB Lübeck, 12. November.

Die Verhandlung im Lübecker Tuberkuloseprozeß wurde heute mit einer Erklärung des Oberstaatsanwalts Dr. Linau eingeleitet, der den offiziellen Antrag auf Erweiterung der Anklage stellte. Der Oberstaatsanwalt begründete diesen Antrag wie folgt: Im Laufe der Hauptverhandlung hat sich ein hinreichender Verdacht ergeben, daß

sich die Angeklagten Prof. Dr. Deycke und Dr. Altstaedt auch insofern strafbar gemacht haben, als sie sich durch die Einführung des Calmette-Verfahrens der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung schuldig gemacht haben. Staatsanwaltschaft und Nebenkläger vertreten die Auffassung, daß diese Haltung im festen Zusammenhang mit dem Eröffnungsbeschluß aufgeführten Handlungen steht und daß eine selbständige Anklage nicht erforderlich ist. Nachdem aber das Gericht gestern zum Ausdruck gebracht habe, daß die Einführung des Calmette-Verfahrens eine besondere neue bezeichneten Handlungen darstelle, werde die Anklage Prof. Deycke und Dr. Altstaedt nunmehr weiter anklagen, bei der Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck im Winter 1929/30 durch Fahrlässigkeit unter Außerachtlassung der durch ihren Beruf erforderlichen Aufmerksamkeit den Tod bzw. die Körperverletzung der im Eröffnungsbeschluß bezeichneten Kinder verursacht zu haben, und zwar Professor Deycke, indem er die Züchtung der BCG-Kulturen und die Herstellung der BCG-Emulsionen übernahm, ohne sich vorher durch eigene Forschungen und Untersuchungen von der Unschädlichkeit der aus Paris bezogenen BCG-Kulturen überzeugt zu haben, und Dr. Altstaedt, weil er die Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck erzwang, ohne vorher beim Reichsgesundheitsamt und bei anderen geeigneten Stellen, besonders bei Dr. Prausnitz und Dr. Buschmann, sich über die dort gewonnenen Erfahrungen und angewandten Vorsichtsmaßnahmen eingehend zu informieren.

103 neue Lokomotiven für die Reichsbahn

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat schon jetzt der deutschen Lokomotiv-Industrie einen Auftrag für 103 Lokomotiven erteilt, die im kommenden Jahre gebaut werden sollen. Neben 100 Schnellzugs- und Tenderlokomotiven hat die Reichsbahn drei weitere Lokomotiven als Versuchstyp bestellt, deren Bauart erprobt werden soll. Von den 100 Schnellzugs- und Tenderlokomotiven werden 28 von Henschel, 19 von Borsig, 16 von Krupp, je 12 von Schwartzkopf und Schichau, 8 von Krauß-Maffei, 3 von Jung und 2 von der Maschinenfabrik Esslingen gebaut.

Mord in Elmshorn

Zwei Brüder unter Mordverdacht verhaftet
WTB. Elmshorn, 12. November.

In dem etwa 5 km von Elmshorn entfernten Orte Raa wurde die Leiche des Kaufmanns Petersen aus Elmshorn gefunden. Der Tote hat eine schwere Stirnwunde, die vermutlich von einem Totschläger herrührt. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft wurden die Brüder Schmitz-Elmshorn, zu denen Petersen am Abend gegangen war, verhaftet. Die beiden Brüder leugnen hartnäckig, obwohl an dem Motorrad und an den Kleidern des Albert Schmitz Blutspuren gefunden wurden. Man nimmt an, daß Petersen wegen geschäftlicher Streitigkeiten von den beiden Schmitz erschlagen und dann mit dem Motorrad nach Raa geschafft wurde. Albert Schmitz hat bereits zweimal unter Mordverdacht gestanden.

Das „freie“ Amerika

Warum der Schriftsteller Theodore Dreiser strafrechtlich verfolgt wird

Der bekannte amerikanische Schriftsteller Theodore Dreiser ist in eine für das „fortschrittliche“ Amerika bezeichnende Affäre verwickelt worden, die Aufsehen erregt. Er und eine Frau M. P. werden der „Unzucht“ bezichtigt. Die Grand Jury hat auf Grund dieser Anschuldigung, die von ihr eingehend geprüft wurde, die Staatsanwaltschaft zur strafrechtlichen Verfolgung Dreisers und der Frau P. ermächtigt. Daraufhin wurde sofort ein Haftbefehl ausgestellt. Der Schriftsteller befindet sich gegenwärtig im Staate Virginia. Er weist die gegen ihn erhobene Beschuldigung zurück. Die Grand Jury behauptet demgegenüber, daß Dreiser, als er mit einer Kommission die Arbeitsverhältnisse in den Kohlenbergwerken von Kentucky studierte, mit Frau P. „eine geraume Zeitlang“ in seinem Hotelzimmer zusammen gewesen sei. Die Gesetze des Staates Kentucky sind in bezug auf außereheliche Beziehungen besonders scharf. — Dieser Fall reiht sich würdig dem Anti-Darwin-Prozeß an, der vor einigen Jahren das kulturelle Muckertum im „Paradies“ USA grell beleuchtet hat!

Ein kostspieliges Denkmal

West Orange (New Jersey), 12. Nov.

Hier hat sich ein Ausschuß gebildet, der zum Andenken an Edison ein Denkmal errichten will. Der Kostenaufwand hierfür wird auf 40 Millionen Dollar geschätzt.

Rebellion gegen den Imperialismus



Auf Indien folgt Cypren

Als Protest gegen die englische Herrschaft, die in Cypren auch das Salzmonopol innehat, hat sich jetzt die Bevölkerung ebenso wie in Indien daran gemacht, zur Umgehung des Gesetzes das Salz selbst aus dem Meere zu gewinnen.

Die deutsche Novemberrevolution

Von GEORG LEDEBOUR

II.

Der Massenstreik erreichte allerdings nicht seinen Zweck, die Kriegsbeendigung. Nach Möglichkeit wurden die der Regierung verdächtig gewordenen Metallarbeiter zum Militär eingezogen. Was aber seine Bedeutung anbetrifft, so genügt es, wenn ich das hier anführe, was ich später, als ich im Juni/Juli 1919 wiegen „Rädelführerschaft bei Aufruhr“ vor dem Geschworenengericht stand, darüber gesagt habe. Als ich in meiner ersten Verteidigungsrede erwähnt hatte, daß ich bei der Herbeiführung des großen Streiks im Januar 1918 beteiligt gewesen sei, gab der Staatsanwalt Dr. Gysae seinem „innersten Entsetzen“ darüber Ausdruck, daß der Streik in seinen Augen eine Schädigung Deutschlands gewesen sei. Ich erwiderte darauf in meinem Schlußwort:

„Das deutsche Volk war durch die ökonomischen und politischen Zustände bereits im Januar 1918 zur Revolution gedrängt und vollständig reif dazu. Wenn die Arbeiterschaft Deutschlands und das deutsche Volk damals unseren Bemühungen nachgegeben hätten, und im Januar 1918 sich das ereignet hätte, was sich erst im November 1918 vollzogen hat, dann wäre Deutschland nicht in das furchtbare Unglück hineingeraten, in dem es jetzt steckt, daß es genötigt ist, damit seine Kinder nicht verhungern, damit seine Frauen und alten Leute nicht verkümmern, damit die kommenden Generationen der Menschheit in Deutschland nicht dahinsiechen, einen Vergewaltigungsfrieden zu unterzeichnen, wie er schlimmer niemals seit der Vernichtung Karthagos einem Kulturvolke auferlegt worden

ist. Wir haben rechtzeitig erkannt, daß es dahin kommen würde, und ich speziell habe im Reichstag immer vor dieser unverantwortlichen Fortsetzung des Krieges gewarnt. Wir haben tauben Ohren geredet im Reichstag. Da blieben meine Freunde von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und ich allein. Auch die Rechtssozialisten unter Scheidemann, Ebert und anderer Leute Führung unterstützten diese fanatische, stierköpfige, verderbliche Kriegspolitik der Ludendorff und Hindenburg, die geradezu als die politischen Halbgoetter Deutschlands angesehen wurden. Ich habe in Deutschland von hervorragenden Leuten — Groeber fällt mir gerade ein — ausdrücklich erklären hören: wir verzichten auf das eigene Urteil, wir überlassen es vollkommen Hindenburg, zu bestimmen, wie die Politik geführt werden soll! Das deutsche Volk hat in seiner Mehrheit dem zugestimmt. Wir konnten es nicht aufklären, weil uns alle Zeitungen hier in Berlin und an anderen Orten genommen waren — wir hatten ja nur wenige Zeitungen in der Provinz; Reden wurden uns verboten; die Reden, die wir im Reichstag hielten, wurden gefälscht, wenn sie in die Presse hineinkamen; und nur da ist uns die Aufklärung gelungen, wo wir mündlich auf die Arbeiterschaft einwirken konnten. Namentlich die Metallarbeiter der Berliner in ihrer ganz überwiegenden Mehrzahl stand auf unserer Seite. Und da war der Streik das einzige gebotene Mittel, um eine revolutionäre Bewegung in Fluß zu bringen. Ich habe hier selber erzählt, wie ich schon im Jahre 1917 mich aufs eifrigste bemüht habe, einen internationalen

Massenstreik des internationalen Proletariats zur Beendigung des Krieges in die Wege zu bringen, — einen internationalen Massenstreik, der auch jetzt wieder die einzige Rettungsmöglichkeit Deutschlands vor der Vernichtung sein wird.

Wäre das deutsche Volk damals (im Januar 1918) unserem Rufe gefolgt, hätte es die degenerierten Prinzen beseitigt, hätte es die Monarchie gestürzt, hätte es die Republik eingeführt, und hätte es erklärt: wir wollen jetzt einen Verständigungsfrieden mit Euch, der niemand vergewaltigt, dann hätte Deutschland damals den Verständigungsfrieden bekommen zu einer Zeit, als es noch nicht vor dem Hungertode stand, zu einer Zeit, als das Heer noch nicht aufgerieben war durch die beständigen Niederlagen infolge der Offensiven, die später, im März und April, einsetzten, namentlich die ungläubliche Offensive im Sommer an der Marne. Dann wäre es noch möglich gewesen, daß selbst gegenüber den imperialistischen Entente-Regierungen Deutschland als gleichberechtigter Faktor beim Friedensschluß auftreten konnte. Also wir revolutionären Sozialisten waren damals die wirklichen und wahren Patrioten.

Ist denn einer unter Ihnen, meine Herren, der die Behauptung wagt, daß, wenn wir unsere Pläne damals durchgesetzt, die Republik eingerichtet, die Monarchie beseitigt und einen Verständigungsfrieden angeboten hätten, Deutschland nicht vor allem diesem Elend bewahrt worden wäre?“ *)

Dieses Bekenntnis zum Massenstreik und zur sozialistischen Revolution, das ich im Verlauf meiner Verteidigung gegen die Anklagen wegen Beteiligung an der revolutionären Erhebung der Arbeiterschaft Berlins im Januar 1919 ablegte, hat mir damals sogar bei bürgerlichen Geschworenen nichts geschadet. Ich wurde nach fünfwöchiger Verhandlung be-

kantlich freigesprochen. Ich erwähne diese Tatsache hier, da mir die Zeit heranzudämmern scheint, in der wieder der Massenstreik mit allen seinen revolutionären Nachwirkungen die einzige Rettung Deutschlands vor dem Untergange sein wird.

Von unserer Erfahrung im Januar 1918 ausgehend, habe ich dann im selben Jahre noch den Versuch gemacht,

einen internationalen Massenstreik zur Erzwingung des Weltfriedens

herbeizuführen. Vom 5. bis 12. September 1918 fand in Stockholm ein internationaler (Zimmerwalder) Kongreß revolutionärer Sozialisten statt. Er war gut besucht. Für die deutsche USP waren außer mir noch die Genossen Haase, Hofer und Stadthagen erschienen. Der Spartacus-Bund war durch die Genossin Käthe Duncker vertreten, die italienische Sozialistische Partei durch die Genossin Angelica Balabanoff. Auch die russischen Bolschewiki hatten mehrere Vertreter entsandt, für die, da die Verhandlungen meist deutsch geführt wurden, hauptsächlich der Genosse Radek das Wort führte.

Ich befürwortete den internationalen politischen Massenstreik zur allgemeinen Erzwingung des Spartacus-Bundes der Genossin Duncker bloß Massendemonstrationen, die allmählich sich steigern sollten. Auch Radek unterstützte zunächst diesen Antrag. Mein Hinweis, daß bloße Demonstrationen für uns überholt seien, überzeugte aber schließlich auch den Genossen Radek. Er erklärte sich für meinen Antrag, der dann bald mit großer Mehrheit angenommen wurde. Die von uns ausgearbeitete Revolution ist aber in den Einzelländern zunächst nicht publiziert worden, und bald überstürzten sich die Kriegereignisse so, daß wir in Deutschland mit einer revolutionären Aktion nicht mehr auf ein gleichzeitiges Vorgehen der Genossen in anderen Ländern

*) Siehe: „Der Ledebour-Prozeß“, S. 202.

Wirtschaft und Arbeit

Henry Ford der Maschinenstürmer

Henry Ford hat auf seinem Landgut die Feldbestellung durch Maschinen untersagt. Anstelle von 100 Arbeiter werden von nun an 600 beschäftigt. Das ist kein Scherz. Man hörte es vor einigen Tagen im Radio, inzwischen werden es die Zeitungen nachgedruckt haben. Großartig, wie? Der „Vater der Rationalisierung“, der König des laufenden Bandes kehrt neuerevoll zur Menschenarbeit zurück. Praktisch wie er ist, geht er der Arbeitslosigkeit wie ein jugendlicher Maschinenstürmer zu Leibe. Allerdings nur auf seinem Mustergut, das für ihn weniger bedeutet als für seinen Arbeiter der Karmickelstall, der dem Konsum von Weihnachtsbraten dient. Wer kann indessen wissen, was im Kopf eines spleenigen Amerikaners vorgeht? Vielleicht stellt er eines Tages die Fabrikation von Traktoren und Autos ein, damit die „Poesie der Landstraße“ wieder zu Ehren kommt? Die Sache ist verblüffend wie das Ei des Columbus. Man läßt Elektrizitäts- und Gaswerke einfach still liegen, damit die Leute sich die Zeit mit Feueranmachen und Transfusionschnippen vertreiben. Man wirft die Eisenbahnen zum Schrott und kehrt zur alten Trägerkarawane zurück. Die Frachten, die ein Güterzug in zwanzig Stunden von Berlin nach Köln transportiert, geben tausend

Sklaven drei Wochen stramme Arbeit. Man sinnvollen Produktionsprozeß einzugliedern, sondern um sie zu „beschäftigen“, um ihre bläst Hochöfen aus und läßt Bergwerke verkaufen, damit die alten Künste, aus Feuerstein Speerspitzen zu hauen und sich warme Kleider aus selbsterlegten Bärenfellen zu nähen wieder aufleben. Ein munterer Aufbruch in die karnibalistischen Urzeiten ist die Folge. Möge es Ford dann vergönnt sein, in diesem Paradies der halb nackten Wilden ein tätiges Christentum zu verkünden.

Ernsthaft betrachtet enthält diese kleine Meldung die geistige Bankrotterklärung des Kapitalismus. Er gesteht ein, daß er die Maschinenkultur nicht — wie er es so gern ausspaant — gefördert habe, um die Zivilisation zu heben, um den Menschen das Leben zu erleichtern, sondern um hohe und gefahrlose Renten zu erzielen. Sobald er merkt, daß sein Bestand durch die Maschine bedroht wird, ist er bereit, sie wegzuerwerfen. Millionen Arbeitslose, Millionen Menschen, die Zeit haben, über sich und den Zustand der Welt nachzudenken: das ist das Gespenst, vor dem sich die Fords auf der ganzen Erde zu fürchten beginnen. Man verzichtet auf das laufende Band, man bemüht sich, den Arbeitslosen Arbeitsplätze

zu verschaffen, freilich nicht, um sie in einen Hände und Hirne zu ermüden. Alle die kleinen Auswege wie Siedlerschaft, freiwillige (und eines Tages unfreiwillige) Arbeitsdienstpflicht laufen auf dieses Ziel hin. Sobald der Kapitalismus, von „menschlichen Erwägungen“ ausgehend, das Elend der Arbeitslosigkeit zu lindern vorgibt, treibt er Vernebelungspolitik. Er verwirft den Menschen oder die Maschine, wenn er nur die Dividende rettet. Der Sozialist erklärt jedoch: die Maschine ist mein Freund, denn sie hilft mir, die Erde zu erschließen. Sie ist ein Sklave, der nicht leidet. Je vollkommener sie ist, desto freier und leichter kann ich das Haupt heben. Ein Tor wäre, wer sie zerschlägt. Laßt sie allein arbeiten, sinnvoll überwacht. Laßt uns alle „arbeitslos“ werden, wenn die Maschine uns alles beschafft, was früher im Frondienst ersunden werden mußte. Dann erst werden Geist und Körper zur Freude geboren sein. An Arbeit, die nicht lähmt und tötet, wird trotzdem kein Mangel sein. Den Weg vom Kuli zum Menschen ebnet die sozialistisch verwaltete Maschine. Die Gnade der Kapitalisten, die Maschinenarme durch Sklavenarme ersetzt, verammelt ihn. Hans Scharf.

Vor der Vollsitzung des Wirtschaftsbeirates

Das Reichskabinett hat heute „Richtlinien“ für die Arbeit der beiden Unterausschüsse des Wirtschaftsbeirates ausgearbeitet, die am Dienstag zusammentreten.

Man rechnet damit, daß beide Ausschüsse im Laufe dieser Woche ihre Arbeit abschließen und der Wirtschaftsbeirat Anfang nächster Woche zu einer Vollsitzung zusammentreten wird. Die viel besprochene Notverordnung, die das „Winterprogramm“ zum Inhalt haben soll, wäre dann bis Ende November zu erwarten.

Man spricht davon, daß das Programm eine Verbilligung der Kredite durch Konvertierung der Zinsen, eine zeitweilige Aufhebung der Kartellbindungen und die Anpassung der Löhne und Gehälter an die zu erwartende Preissteigerung enthalten wird. Zum letzteren Zweck soll die berühmte „elastische Gestaltung“ des Tarifsystems dienen. Letzteres wird wohl das einzige Positive des Programms sein.

Dr. Pfrimer wollte wieder putschen

München, 12. November.

Die „Münchener Zeitung“ berichtet heute von der Vereitelung neuer Putschpläne Dr. Pfrimers, der Mitte Oktober nach München kam, um hier, wie es hieß, persönliche Angelegenheiten zu erledigen. Schon Ende voriger Woche gingen dem Blatte aus Wien Nachrichten hierüber zu, die jedoch so phantastisch geklungen hätten, daß es nicht ratsam gewesen sei, sie ohne genaue Nachprüfung wiederzugeben. Heute, so sagt das Blatt, sei es aber möglich, vorläufige Einzelheiten bekanntzugeben.

Danach scheine Dr. Pfrimer tatsächlich seinen Münchener Aufenthalt dazu benutzt zu haben, Vorbereitungen für ein neues politisches Abenteuer zu treffen.

Er habe in engster Verbindung mit dem Grafen Lamberg gestanden, der auch an dem steiermärkischen Putsch beteiligt war. Nach der angeblichen Absicht Pfrimers hätten auch Mannschaften aus Bayern eine besondere Rolle spielen sollen. Die Aktion sei für die Nacht zum letzten Montag gedacht gewesen. In Wien werde nun behauptet, daß Pfrimer und Graf Lamberg Ende voriger Woche auf österreichische Warnung hin von der Polizei in München verhaftet, allerdings nach acht Stunden wieder freigelassen worden seien. Pfrimer warte nur noch das Eintreffen seines Passes für seine Abreise nach Marburg (Südslowenien) ab.

Die Lohnabbauwelle rollt

4,5 Prozent bei den Gemeindearbeitern

Berlin, 10. November.

Im Lohnstreit der Gemeindearbeiter hat der Arbeitsminister den am 1. November gegebenen Schiedsspruch, der von den Vertretern der Gemeindearbeiter und dem kommunalen Reichsarbeitsgeberverband abgelehnt worden war, im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt. Damit tritt eine 4,5prozentige Lohnsenkung in Kraft.

Breslauer Metallschiedsspruch verbindlich

Werden sich die Arbeiter fügen?

Am Mittwoch haben die Tarifparteien über den am Sonnabend gefällten Schiedsspruch im Lohnkonflikt der Breslauer Metallindustrie erneut verhandelt. Da wieder keine Einigung herbeigeführt werden konnte, wurde der Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Damit sind die Akkordsätze zwischen 33 und 60 Proz. um 12 bis 15 Punkte gekürzt.

Streik der Pflichtarbeiter in Plaue a. H.

Brandenburg a. H., 10. November.

Mehr als hundert Wohlfahrtsempfänger, die in Plaue a. H. zur Pflichtarbeit herangezogen wurden, haben wegen Streitigkeiten mit der Stadtverwaltung die Arbeit niedergelegt. Es wurde ein Kampfausschuß gebildet, der vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung in einem Schreiben forderte, die Pflichtarbeit in tarifmäßig bezahlte Notstandsarbeit umzuwandeln, sämtlichen Wohlfahrtsempfängern Arbeitskleidung zu bewilligen, im Rahmen der Winterbeihilfe Kartoffeln und Kohle für jeden Haushalt zur Verfügung zu stellen und schließlich den Wohlfahrtserwerbslosenausschuß anzuerkennen.

Die Streiks von Pflichtarbeitern mehren sich in den letzten Wochen. Es ist auch nur zu verständlich, daß die Arbeiter gegen die Zumutung protestieren, für die ärmliche Unterstützung sich ausbeuten zu lassen und Arbeiter durchzuführen, für die eigentlich die vollen Tariflöhne bezahlt werden müßten. Die von den streikenden Notstandsarbeitern erhobenen Forderungen sind berechtigt und nur zu unterstützen.

Nun sind die Eisenbahner dran

Der Schiedsspruch im Lohnstreit der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat mit Wirkung vom 8. November eine Herabsetzung der Grundlöhne von 4,5 Prozent diktiert.

Wozu überhaupt das umständliche Schiedsverfahren noch dienen soll, bleibt unerklärlich. Da die Löhne ja doch gesenkt werden, mit oder ohne Beweise und Verfahren, sollte man zur Kostenersparnis den ganzen Schlichtungsapparat abbauen.

Fast 193 000 Wohlfahrtserwerbslose in Berlin

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in Berlin ist im Oktober 1931 wiederum gestiegen. Nach der Stichtagszählung am 31. Oktober 1931 betrug sie (ohne Notstandsarbeiter) 192.708 gegenüber 183.403 am Ende des Vormonats, sie hat demnach um 5,1 Prozent zugenommen.

Die wirkliche Zahl der ausgesteuerten Erwerbslosen ist darin noch nicht erfaßt, da ein nicht unbeträchtlicher Teil der Erwerbslosen sich nicht mehr registrieren läßt, weil ihre Unterstützung infolge des Sozialabbaus und der strengen Bedürftigkeitsprüfung ausfällt.

Protestbewegung auf Cypern

Athen, 11. November.

Griechenland hat den heutigen Waffenstillstandstag in einen Cypern-Denktag umgewandelt als eindrucksvollen Protest gegen die „Vergewaltigung der Insel Cypern“ durch die Engländer entgegen dem als Kriegsziel feierlich verkündeten Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Adresse der Inselbevölkerung an die griechische Regierung wurde dem ehemaligen Staatspräsidenten Admiral Konduriotis übergeben, nachdem die griechische Regierung den Empfang einer Abordnung der Cyprioten verweigert hatte. Während der Uebergabefeier schlossen alle Geschäfte in Athen und im Hafen Piraeus. Der ganze Verkehr wurde für kurze Zeit stillgelegt. Alle Schulen Griechenlands ließen eine Unterbrechung im Unterricht eintreten. Auch sämtliche Theater unterbrachen ihre Vorstellungen. Aus allen Gegenden Griechenlands laufen andauernd Proteste gegen die englische Besetzung Cyperns ein. Die griechische Presse veröffentlicht

grausige Berichte über barbarisches Vorgehen der englischen Truppen auf der Insel.

Die englische Gesandtschaft in Athen steht unter verstärktem Polizeischutz. Die griechische Regierung hat englandfeindliche Kundgebungen aufs strengste verboten. Ministerpräsident Venizelos hat einen Aufruf an das Volk erlassen, in dem er die Volkserregung und die scharfe Sprache der Presse verurteilt, da er anscheinend einen englischen Schritt in der Cypern-Angelegenheit vermutet. Vor der Universität in Athen kam es zu großen Zusammenstößen zwischen Studenten und der Polizei. Die Studentenkrawalle konnten durch Eingreifen von Feuerspritzen beigelegt werden.

Madrid, 12. November.

Der gestern verhaftete Sohn des Generals Primo de Rivera ist heute wieder in Freiheit gesetzt worden.

Straßenschlacht in Athen

Athen, 11. November.

Anläßlich des Cypern-Gedenktages kam es vor der Universität zu großen Ausschreitungen, die in eine Straßenschlacht ausarteten. Die wütende Volksmenge schleuderte von niedrigen Nebengebäuden der Universität Dachziegel auf Polizisten. Dabei wurden über 20 Studenten und Polizisten verwundet. Die Fenster eines Straßenbahnwagens wurden eingeschlagen. Die Polizei nahm zahlreiche Festnahmen vor.

Wirtschaftlicher Nichtangriffspakt Ein sowjetrussischer Vorschlag

Genf, 2. November.

Der von der russischen Regierung im Europa-Ausschuß im Mai eingebrachte Plan eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes wurde heute vormittag in einem zur Prüfung des Planes eingesetzten Sonderkomitee, das unter dem Vorsitz des italienischen Delegierten de Michelis zusammentrat, erneut beraten. Zu der Tagung hat die russische Regierung den Botschafter in London, Sokolnikow, und zwei Vertreter des Außenkommissariats, Boris Stein und Boris Rosenblum, entsandt.

Sokolnikow ging in der heutigen Vormittagsitzung nochmals auf den russischen Vorschlag ein. Er erinnerte an die Erklärungen Litwinows im Europa-Ausschuß und behielt sich vor, im Laufe der Debatte den russischen Plan genauer zu präzisieren und auf verschiedene Fragen zu antworten. Er wandte sich bei dieser Gelegenheit gegen die bereits von Moskau dementierten Gerüchte über angebliche Zahlungseinstellungen Sowjetrusslands. Er wies auf die Verschärfung der Wirtschaftskrise hin und betonte, daß eine beschleunigte Behandlung des russischen Vorschlages auch von diesem Gesichtspunkt aus notwendig erscheine.

Das Loch im Gesetz

Arbeitsgericht: Wenn schon in den Kriminalgerichten sich die Gerichtsberichterstattung zumeist nur zu den Verhandlungen über ermordete Schwiegermütter und Eifersuchtstragödien drängen — hier in dem Haus der alten Markthalle werden nur die Verhandlungen über die Streitigkeiten bei den Großfirmen beachtet. Um die zahllosen kleinen Kammern kümmert sich zumeist kein Mensch. . . . Und doch wären sie für uns oftmals mindestens eben so wichtig.

Da ist zum Beispiel die Klage Zieneck gegen Zieneck: Die junge Frau, die von ihrem Mann getrennt lebt und der vom Landgericht vorläufig ein Anspruch auf eine Unterhaltsrente von fünfzehn Mark zuerkannt worden ist, klagt gegen ihren Schwiegervater auf Auszahlung dieser Rente aus dem Arbeitsverdienst ihres Mannes. Aber der Schwiegervater will ebensowenig zahlen, wie der Mann — und er beruft sich zur Rechtfertigung seines Verhaltens auf das — Bürgerliche Gesetzbuch. Da steht nämlich im § 1617, daß das Kind, solange es im elterlichen Hausstand erhalten wird, verpflichtet ist, in einer seinen Kräften und seiner Lebensstellung angemessenen Weise Dienste zu leisten. Der Fall hier liegt nun so: Herr Zieneck junior hatte schon vor seiner Ehe einmal ein uneheliches Kind, und schon damals besann er sich, um die lästige Alimentenzahlerei zu vermeiden, auf diesen vorteilhaften Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches — er wurde „Kind im Hause“. Er arbeitete im Geschäft seines Vaters, erhielt von dem den vollen Lebensunterhalt und sicher noch ein sehr gutes Taschengeld und heiratete schließlich sogar auf dieser anscheinend doch recht tragfähigen materiellen Basis. Mit der jungen Frau brachte er dem väterlichen Geschäft noch eine neue Arbeitskraft zu, die mußte ja nun auch als „Kind im Hause“ leben und arbeiten, und sie mußte härter arbeiten, als irgendwo in einem fremden Betrieb. „Hochschwanger mußte ich noch immer auf den Wagen — beinahe hätte ich meinen Jungen in der Markthalle gekriegt!“ Und als der Junge da war, hatte sie ihre Pflicht so gut erfüllt, daß sie nun eigentlich überflüssig war: Nun hatte man ja den Stammhalter, auf den man das Geschäft übertragen konnte, damit mal keiner ran konnte, ja — und wenn sie etwa dachte, daß man ihr wegen ihrer jungen Mutterschaft die Arbeit schenken oder erleichtern würde,

na, dann hatte sie eben falsch gedacht! — Nach einigen Monaten war es dann so weit: Die junge Frau räumte das Feld und reichte die Scheidung ein, und nun sollte ihr Mann für sie eine wöchentliche Unterhaltsrente zahlen. Der ließ sich ruhig verklagen, schleppte den Prozeß beim Zivilgericht durch alle verfügbaren Instanzen und erklärte, er habe überhaupt kein Einkommen, nein, er arbeite eben nur für seinen Vater und der gäbe ihm, was er brauchte. Nun klagte die junge Frau beim Arbeitsgericht gegen den Schwiegervater: Der aber bezog sich, wie gesagt, auf das bürgerliche Gesetzbuch — sein Sohn verdiene durchaus kein Geld, er hätte eben nur für sich und seine Familie den Unterhalt bekommen, den könne die Schwiegertochter ja auch haben, in seinem Hause natürlich, aber sie sei ja weggelaufen, denn sie habe nicht arbeiten wollen, sie sei faul, das sei die ganze Sache. . . . Und beinahe kriegten sich die Parteien noch in der Beratungspause in die Haare.

Dann aber kommt das Gericht wieder und verkündet das Urteil: Die Klage der jungen Frau wäre abzuweisen. Für das Gericht könne nicht die tatsächliche Arbeitsleistung, sondern nur das Bestehen eines wirklichen Vertragsverhältnisses zwischen Vater und Sohn maßgebend sein. Daß ein solches bestünde, hätte sie nicht dartun können: Der Abschluß eines Arbeitsverhältnisses hinge ja nur von dem Willen der beiden Vertragspartner ab — die wollten hier aber nicht. Und wenn das Gericht auch keinen Zweifel darüber lassen wollte, daß es die Handlungsweise der Schwiegereltern wie des Ehemannes durchaus nicht gutheißen könne — entscheiden müsse es doch zu ihren Gunsten.

Und der Vater geht mit dem Sohne vernünftig davon, froh darüber, die lästige Schwiegertochter jetzt genau so eingeseift zu haben, wie den Vormund des unehelichen Kindes. Tja — kluge Fische finden auch in den scheinbar so dicht geknüpften Maschen des Gesetzes immer noch Löcher, durch die sie freikommen können! Es gibt zwar noch einen Paragraphen, der bei Verweigerung der Unterhaltsverpflichtung allerlei Strafen, auch Unterbringung im Arbeitshaus, vorsieht — aber läßt sie nur mal erst kommen! Es wird sich schließlich wieder ein anderes Loch finden!

Rose Ewald.

Lokalblatt der SAZ

Berlin, Brandenburg, Grenzmark

A

Oberbürgermeister Sahn über das Notprogramm

In der Stadtverordnetenversammlung hielt Oberbürgermeister Sahn am Donnerstag eine längere Rede über das Notprogramm für 1931. Er versuchte darin, die in den letzten Wochen bereits durchgeführten Sparmaßnahmen zu begründen und kündigte weitere an. Den Schluß seiner Rede bildete ein dringender Hilferuf an das Reich und an Preußen:

Trotz weitgehender Ausgabendrosselung werde es der Stadt Berlin in kürzester Zeit ohne Hilfe von Reich und Land nicht mehr möglich sein, weiter zu wirtschaften. Aus den Ausführungen des Oberbürgermeisters ist das Eingeständnis wichtig, daß die Stadt Berlin in den letzten Monaten wiederholt vor der Pleite

Dauermärsche für Arbeitslose!

Wir haben in der SAZ bereits darauf hingewiesen, daß die geplante Verlegung des Arbeitsamts Süd-Ost nach der Sonnenallee für zahlreiche Arbeitslose eine erhebliche Verlängerung des Weges zur Stempelstelle bedeutet.

Inzwischen haben wir aus unserem Leserkreis Mitteilungen erhalten, die zeigen, wie ungeheuerlich diese Verschlechterung sich auswirken muß. So müssen Arbeitslose der Klasse 1 an Stelle einer Weges von 2 bis 3 Kilometer in Zukunft

Reisemärsche von 7 Kilometer zurücklegen, die Wochenleistung von jetzt 10 und 9 km wird auf 28 Kilometer gesteigert! Von Arbeitslosen der Klasse 2 wird eine wöchentliche Mehrleistung von 17,8 km gefordert, und den Arbeitslosen der Klasse 3 wird eine Wegverlängerung von 8 bis 11 Kilometern zudiktiert!

Eine Vergütung für zerrissene Schuhe und Wegzehrung ist in den Plänen der Bürokratie dagegen nicht vorgesehen. Nach den Ansichten der Herren, die solche Pläne am grünen Tisch ausbrüten, haben ja die Arbeitslosen nichts weiter zu tun, als Tagemärsche zur Stempelstelle und Kasse zu machen. Mit aller Energie muß gefordert werden, daß den Arbeitslosen, von denen man solche Wegstrecken fordert, kostenlose Fahrgelegenheit besorgt wird, vielleicht erinnern sich die verantwortlichen Stadtväter und die BVG daran, daß sie auch eine soziale Aufgabe zu erfüllen haben, und daß den ausgemergelten Arbeitslosen derartige Marschleistungen nicht zugemutet werden können!

„Über den Haufen schießen“

Donnerstag mittag gegen 12 Uhr wurde ein Genosse des Sozialistischen Jugendverbandes, als er die Elbinger Straße passierte, von einem Nazi angegriffen und in eine Schlägerei verwickelt.

Während der tätlichen Auseinandersetzung wurde ein Fenster des Hauses Elbinger Straße 69 im zweiten Stock geöffnet und dem Nazi zugerufen: „Mache Platz, damit ich den Hund über den Haufen schießen kann.“ Durch zwei Zeugen ist einwandfrei festgestellt, daß aus diesem Fenster unser Jugendgenosse mit der Waffe bedroht wurde. Bei der nachfolgenden Vernehmung auf dem 57. Polizeirevier erlaubte sich der protokollierende Beamte folgenden Ausspruch: „Es ist nicht zu verwundern, wenn die Nazis mit der Knarre manghalten, die Kommunisten haben es soweit gebracht.“ Auch diese Aussage wird durch Zeugen bestätigt. Wir unsererseits wundern uns allerdings auch nicht mehr, wenn die Nazis mit den Waffen in der Hand die Arbeiter bedrohen, wenn, wie mit obiger Aussage des protokollierenden Beamten die Stellungnahme der Polizei den Nazis gegenüber so eindeutig gekennzeichnet wird.

Die preussische Polizei steht unter Führung des sozialdemokratischen Ministers Severing, die Berliner Polizei unter der Führung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Graczyński. Weitere Hinweise unsererseits erübrigen sich. Wir hoffen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter aus diesem Vorfall ihre Lehren ziehen.

Schüsse im Lokal

In einem Lokal an der Grünthaler Str. 68 entstand zwischen mehreren Gästen aus noch nicht geklärter Ursache ein Streit, bei dem einer der Beteiligten durch einen Schuß verletzt wurde. Der 27jährige Arbeiter Hermann Krüger aus der Pankstraße verletzte den 38jährigen Arbeiter Willi Joda aus der Soldiner Straße durch einen Halschuß lebensgefährlich, so daß seine Ueberführung über eine Rettungsstelle nach dem Virchow-Krankenhaus notwendig erschien. Der Täter stellte sich selbst auf dem nächsten Polizeirevier. Es wurde festgestellt, daß es sich bei dieser Schießerei nicht um politische Motive dreht.

Der Moabiter Raubmörder verhaftet

Am Donnerstag mittag wurde der flüchtige Thiem, der am Mittwoch vormittag seine Tante erwürgt hatte und unter Mitnahme von etwa 200 Mark geflohen war, von Kriminalbeamten in der Wohnung seiner Freundin verhaftet. Ein Geständnis liegt noch nicht vor.

habe die Stadt diese Zahlungen nicht voll leisten können, und er habe sich an Preußen mit der Bitte um Hilfe gewandt, die nur unzulänglich gewährt wurde. Der Oberbürgermeister beziffert den

Einnahmeausfall bei den Steuern auf 33 Millionen Mark, die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen sei von 140 000 zu Beginn des Jahres 1931 auf 192 000 am 1. November gestiegen. Die Zahl der von der Wohlfahrt laufenden Unterstützten betrug am 1. Oktober 197 000.

Auf 1000 Einwohner kamen am 30. September 45,6 Erwerbslose. Berlin marschiert hinter Breslau an der zweiten Stelle des Reiches.

Oberbürgermeister Sahn ging dann auf das sogenannte Sparprogramm ein, mit dem wir uns noch ausführlich beschäftigen werden.

Seglerhaus am Wannsee abgebrannt

In der Großen Seestraße in Wannsee brach am Nachmittag gegen 4 Uhr im sogenannten „Alten Seglerhaus“, das neben dem Schwedischen Pavillon liegt, Großfeuer aus, das das Seglerhaus mit 40 Booten vollkommen in Asche legte. Drei Züge der Berliner Feuerwehr bekämpften das Feuer, konnten aber nur die neben dem Seglerhause liegenden großen Segeljachten retten. Die im Seglerhause eingelagerten Boote sind restlos vernichtet.

Gaebels „Studienreise“

In der Donnerstagverhandlung des Sklarekprozesses kam es zunächst zur Vernehmung des Stadtrat Gaebel, der verantwortlicher Dezernent für den Monopolvertrag der Sklareks mit der Stadt Berlin war.

Gaebel ist bekanntlich, sofort als seine Rolle bekannt war, aus der KPD ausgeschlossen worden.

Gaebel gibt an, aus seinen verschiedenen Einkünften als Stadtrat, Stadtverordneter, Parteigehalt und Journalist 850 RM monatlich bezogen zu haben. Da das Spitzengehalt bei kommunistischen Funktionären angeblich allgemein unter 500 RM liegt. Anfrage: was sagen die KPD-Proleten zu diesen Bezügen Gaebels?

Gaebel bekennt sich dann zu dem Grundsatz: Gute Wohnung und anständige Kleidung.

Er gibt an nur zu Leo Sklarek wegen „dessen sozialer Einstellung“ Beziehungen unterhalten zu haben.

Er hat des öfteren an Zechgelagen der Sklareks teilgenommen, obwohl er behauptet eine starke Abneigung dagegen zu haben.

Hauptsächlich haben diese Besuche in den Barlokalen „Studienzwecken“ gedient.

Vors.: Es war also sozusagen eine Studienreise. (Große Heiterkeit.)

Leo Sklarek behauptet, daß bei solchen Gelegenheiten von ihm 500 bis 1500 RM bezahlt wurden.

Es kommt dann noch eine vergnügte Ferienreise nach Misdroj zur Sprache, die Gaebel mit Leo Sklarek und dem deutschen nationalen Kommunalpolitiker Dr. Zieten zusammenführte. Gaebel be-

Wir sortieren Zeitungsausschnitte

Wenn man seine Zeitungsausschnitte nicht besonders gut sortiert hat, sucht man stundenlang nach dem Artikel, den ich doch erst vor einiger Zeit in den Fingern gehabt habe.“ Aber auch dieses Suchen ist oft so interessant, daß es mit dem beabsichtigten Aufräumen des Bücherschranks zu vergleichen ist. Mehrere Artikel interessieren plötzlich so, daß sie erst nochmals gelesen werden müssen, ehe das Suchen weitergeht.

Ich lese da: „Evangelische Sozialisten!“ Ach so, der Artikel, auf Grund dessen ich dem „Vorwärts“ — oder war's dem „Freien Wort“ — einige Zeilen schreiben wollte? Im Drange der Geschäfte untergegangen und doch wert, weitverbreitet zu werden. Die „Tägliche Rundschau“ vom 7. Juli schrieb ihn. Freude herrschte in den Reihen der evangelischen Gemeinden. Es ist ein Bund evangelischer Sozialisten gegründet. Und die Gründung ist vom Parteivorstand der SPD ausdrücklich gebilligt, wird triumphierend hinzugefügt. Ein geläutertes Christentum und ein geläutertes Sozialismus sollen zu einer Synthese verbunden werden.

Doch, doch: „geläutertes Sozialismus“ steht wirklich dort! Nein, ich kann mir auch nichts drunter vorstellen. Vielleicht Wirtschaftsdemokratie plus christlicher Demut?

Weiter: der Bund hat erreicht, daß in sozialdemokratischen Zeitungen außer der freidenkerischen Polemik auch die evangelische Seite zu Wort kommt, und ferner — es sträubt sich förmlich die Schreibmaschine, wenn sie es niederschreiben soll — in den SPD-Blättern, mit denen diese Vereinbarungen getroffen sind, soll der Gottesdienstanzeiger aufgenommen werden.

Tiefer geht's nimmer. Man sieht, daß nicht nur politisch toleriert wird, auch nicht nur dem reaktionären Zentrum kulturpolitisch Konzessionen über Konzessionen gebracht werden, nein, auch den evangelischen Christen wird von der Partei Bebel und Wilhelm Liebknechts auch noch Reklame für das Volkopium, für die Religion, und was noch schlimmer ist: für die Kirche, gemacht.

Es kann einem speiübel werden, vor zovi Rückgrat- und Prinzipienlosigkeit!

Willibald Wandkowski

SAP

Bezirk Brandenburg: Bezirksleitung Hein Müller, Brandenburg/Havel, Maarekorstr. 3.
Brandenburg/Havel: 1. Vors. Franz Enders, Wollanwehnerstraße 61. Nächster Zahlabend, Dienstag, den 17. 11. abends 20 Uhr, bei Budig, „Goldene Kugel“, Neust. Heidestr. 54. Referent: Gen. Meschkat, Premnitz, über „Gibt es einen Ausweg?“
Flussmark: 1. Vors. Hans Günther, Aug. Bebel-Str. 36.
Forst/Lüdnitz: 1. Vors. Rich. Lutzl, Fruchtstr. 10.
Frankfurt/Oder: 1. Vors. Wilh. Buscher, Wollanwehnerstraße 21.
Nauen: 1. Vors. Ed. Schade, Großboeren-Str. 29.
Potsdam: 1. Vors. Wilh. Volter, Alte Koulgstr. 27.
Prenzlitz: 1. Vors. Rich. Meschkat.
Sommerfeld N/L: 1. Vors. Paul Kaßbaum, Großerstraße 12.
Stralitz b. Kottbus: 1. Vors. Fritz Hahn, Löhknicht-Str. 11.
Teltow b. Berlin: Leser der „Fackel“ und „SAZ“ und Sympathisierende werden um Aufgabe ihrer Adresse gebeten an Max Schulze-Paul, Lössingstraße 19.
Trenth: 1. Vors. Fritz Winter, Thyrow, Kr. Teltow, Wilhelmstraße. — Schutzabend, Sonntag, den 15. Nov. 20 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bahnhofstraße 3, wichtig! Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Berger, Neukölln: Das Aktionsprogramm; 2. Technisches und Organisatorisches. Sympathisierende willkommen.

Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes.
Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 34.
3. Hof II. Unsere Bezirksleitung ist jeden Mittwoch und Freitag ab 17 Uhr im Sekretariat.



Freitag, den 13. November 1931.

Charlottenburg: Karl Liebknecht: Heim, Kaiserstr. Augusta-Allee 97b. — Revolutionsgedenke: Genosse Beutner.
Köpenick: August Bebel „Roter Aufbau“, Heim, Grünauer Straße 5, Zimmer 3. — SAP und SPD Genosse Jarrofsky.
Wörther Platz: Heim Prenzlauer Allee 34. — Das kommunistische Manifest.
Schöneberg-Friedenau: Heim, Hauptstr. 16. Neuform der Familie.
Wellensee: Karl Marx, Oberlyzeum, Pistoriusstr. 134-136. Bekanntnis zur Revolution Die SAJ ist eingeladen!
Baltplatz: Heim, Tilsiter Str. 4-5. Unterhaltung auf unsere Art.
Wilmsdorf: Georg Ledebaur, Heim, Wilhelmstraße 123. Politisches Weltbild.
Westend: Heim, Genthiner Str. 17. — Aussprache-Abend. Hans, Heim, Schleswiger Ufer 16. — Die soz. Gesellschaft.
Friedrichshain: Rosa Luxemburg, Heim, Diestelmeyerstraße. — SAP und Gewerkschaften.
Frankfurter Allee: Robert Blum, Unser Aktionsprogramm.
Neukölln I: Heim, Mahlower Straße. — Politische Lage im Reich.
Neukölln II: Heim, Mahlower Straße. — Mitgliederversammlung.
Neukölln III: Schule, Herzbergplatz. — Jeder Genosse muß erscheinen.
Aktionsbezirk Nord: Am Sonnabend, dem 14. Nov., im Heim, Lehrling Str. 16/19. — Kursus. Unsere Stellung zur SPD und KPD.
Aktionsbezirk Nord-Ost: Am Sonntag, dem 15. Nov., vorm. 9 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Allee 34. Die Einheit der Arbeiterklasse und die Aufgaben der proletarischen Jugend. — Am Abend, 19 Uhr: Antikriegsabend.
Mitteilungen der B.-L.: Zentraler Kursus: Montag, den 16. Nov., Heim, Prenzlauer Allee 34. Einführung in den Marxismus. Nora Fabian.
Referentenkursus: Alle Genossinnen und Genossen, die sich beteiligen wollen, schicken ihre Adresse an Gen. Kremann.
Die ERL-Sitzung am Sonnabend, dem 14. Nov., 18 Uhr, Heim Prenzlauer Allee 34. Abzeichen sind eingetroffen; am Freitag abholen. Tambourkorps, 20 Uhr, im Jugendheim. — Wichtige Besprechung.

Kleine Geschichten aus der großen Stadt

Moabit lächelt

Auf der Anklagebank sitzt ein junger Mann mit glatten dunklen Haaren. Wie er sich umdreht, ist es eine Sie und heißt Erna. Und auf der Bank sitzt sie deshalb, weil sie erstens betrogen, zweitens gemaust haben soll und drittens und hauptsächlich deshalb, weil man sie dabei erwisch hat.

C'est la vie. „Det ist mir bisher nicht vorkommt, det er mich einmal hätte wo sitzen lassen, er is jedesmal jekomma und hat mich ausgelöst.“

„Er“ ist ihr Freund. Walter. Weiteres ist nicht zu erfahren, Diskretion Ehrensache. Und sie sollte in einem Gasthaus auf ihn warten und er würde kommen und sie abholen. Tat er aber nicht und sie konnte die Zeche nicht bezahlen. Der Wirt kam, die Polizei kam, eine Strafanzeige wegen Betruges kam.

Erster Punkt erledigt.
Ihr Freund — Pardon, das war wieder ein anderer —, hatte seine Frau in die Ferien abgeschoben. Infolgedessen lud er Erna ein und über das weitere kann man, wenn man will, bei Bölsche nachlesen, obwohl Erna behauptet, es sei weiter nichts vorgefallen.
Am anderen Tage jedenfalls zog Erna sich an — aber nun nicht ihre Kleider, sondern die der ahnungslos ferienreisenden Ehefrau —: sie waren um einiges besser, also warum auch nicht.

„Wieso ick det jemacht habe, wees ick ooch nich...“ bemerkte die Angeklagte mit beachtlicher Offenheit. Leider: hatte die zeitweilige Ehefrau ihres Freundes auch keine ausreichende Erklärung für denselben Vorgang gewußt und hatte seinerzeit nach einem energischen Interview mit ihrem Ehepartner gegen

Erna Anzeige erstattet. Diebstahl von Kleidungsgegenständen.
Zweiter Punkt.

Erna ist geständig und außerdem macht sie wirklich keinen unsympathischen Eindruck. Die Betrugsgeschichte ist weniger gefährlich, der Diebstahl ist peinlich, aber da die Angeklagte allen Schaden ersetzt hat, soweit überhaupt von einem solchen geredet werden kann, schaltet Moabit mal ausnahmsweise rosig Beleuchtung ein: 2 Wochen Gefängnis, verbüßt durch Untersuchungshaft.

„Und nun versuchen sie mal, auf ehrliche Weise durchs Leben zu komm, sie sind doch ein junges Mädchen und sie werden doch auch nicht wollen...“

Nein, sie will auch nicht. Hoffen wir das beste.

Massen streiken

U-Bahn, Bahnhof Friedrichstadt.
„Einsteigen bitte...“ Massenangriff auf die Wagen „wie 70 Wilde“, Krach Krach Krach, ab. Verkehrsdisziplin besitzt der Berliner im allgemeinen nur in Moabit, wenn er sich von der Schuld am unvermeidlichen Unfall reinwaschen soll.

Auf der Plattform Arbeiter, rauchend, abgeseppante Gesichter.

„Ick hab et ja gleich gesagt. Sticker drei sin se bei mir jwesen un: ham geackert. Ick habe gesagt, Mensch, hab ick gesagt: hier in Berlin sind wa so 10 000 Mann, die bei die Wohlfahrt arbeiten. Wat meenste wohl, wat se mit die paar Männkens machen, wenn se streiken? Mensch, hab ick gesagt, ne Scheiße is et, wann se uns vier Prozent vom Lohn

knacken, aber n' Streik deswegen: ne. Die Zeiten sin wech und noch lange nicht wieder da. Un wenn die ganze KPD deswegen mobil macht, ihr kricht deswejen nicht fertig. Un denn wart' ooch so. 500 ham jestreikt. Großer Erfolg.“

„Is et ooch. Det war ja Quatsch.“

Dieser andere trug einen ledernen Riemen an seiner Mütze: Angehöriger der Kommunistischen Partei. Und so füllten sie ihr Urteil über eine auch kommunistische Aktion: die Wohlfahrtsarbeiter Berlins sollten einen spontanen Streik als Protest gegen den vierprozentigen Abbau der Gemeindearbeiterlöhne in Szene setzen — eine Aktion, die mit sofortigem Entzug der Beschäftigung für die wenigen geendet hätte, die dieser Parole wirklich gefolgt wären. Und welcher Boden für solche Kämpfe jetzt ist, zeigt die Anteilnahme der Arbeiterschaft: von fast 11 000 streikten — 500.

Vox populi ...

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Scharber, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag: Stebel Zeitungsverlag, Mohr-Druck: Georg Köpcke, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16

„SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2904

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2,40 einschließlich Beleggeld. Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM -36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM -36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,80 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete

Alle Zahlungen sind zu leisten an: Stebel Zeitungsverlag, m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 2, Nr. 153 928

Feuilleton der SAZ

„Deutsches Nationaltheater“

„Es brennt an der Grenze!“

Ein „deutsches Schauspiel“ von Hans Kyser.

Zunächst: Dieses Stück ist eine offene Gemeinheit.

Aufgeführt im neuen „Deutschen Nationaltheater“ am Berliner Schiffbauerdamm, das aber mit dem alten Nationaltheater in Weimar, dessen Leiter einmal der Universalist und Antinationalist Goethe war, allerhöchstens den Namen gemein hat.

Es müßte Deutsches Nationaltheater heißen.

Die Handlung des Stücks hat an und für sich mit Brand und Grenze sehr wenig zu tun: Eine Kriegerin von einem unehelichen Kind. Und da recht häufig vom lieben Gott geredet wird, dem deutschen lieben Gott selbstverständlich, und da man, wie auch gesagt wird, bei solchem Unglück zu beten und sich ins Schicksal zu ergeben hat, so muß die Angelegenheit mit Notwendigkeit tragisch ausfallen. Sie geht aber herzlich aus.

Denn der Verführer ist selbstverständlich ein Bösewicht, weil er nämlich Pole ist, und weil die Polen, in diesem Stück, allesamt Schweinehunde sind und die Deutschen schikanieren. Und noch und noch und noch schikanieren...

Sehr geehrter Herr Kyser! Sie behaupten, ihre Heimat zu lieben; das ist anständig und anerkennenswert. Aber sie verwechseln Heimatliebe mit einem Nationalismus, den sie bei jeder andern Nation, bei Franzosen und bei Polen, verurteilen. Sie wollen ein Künstler sein, doch sie umgehen durch ihre Schwarzweißmalerei — Pole schlecht, Deutscher unschuldig, edel und gut — jede künstlerische, menschliche und politische Problemstellung. Das ist verdammend bequem, um nicht zu sagen böswillig! Und, Herr Kyser, es ist schlimmer und verhetzender als alles, was aufgeblasene Beamte polnischer- und deutscherseits an Dummheiten anstellen.

Es brennt an der Grenze, jawohl, Herr Kyser. Es brennt aber nicht nur an der Grenze, es brennt an allen Grenzen! Beseitigt die Grenzen! (Das sagen Sie aber nicht. Sie fordern vielmehr wieder einmal einen kleinen Massenmord.)

Der Autor schreibt in dem ulkigen Programmheft des Nationaltheaters, er sei auf diesen Stoff gekommen, als er in einer Zeitung die Notiz las, daß ein deutsches Gehöft auf polnischem Boden gebrannt habe, die polnischen Grenzbeamten seien der heranrasselnden deutschen Dorfwehrgarde entgegengetreten und hätten so die Rettung des Besitzums verhindert. Er mag sich sagen lassen, daß genau derselbe Fall sich an der Grenze zweier deutscher Länder abgespielt hat, zweier deutscher Länder! Kyser aber macht aus der Sturheit einiger Beamter den gemeinen Grundcharakter eines ganzen Volkes. Denn bei ihm hat selbstverständlich der Pole das Gehöft in Brand gesteckt, während sogar nach der angeführten Zeitungsnachricht die Brandursache ein Blitzschlag war. Bei ihm saugt natürlich der Pole den deutschen Bauern aus, natürlich vergewaltigt er das schrecklich brave deutsche Mädchen, natürlich...

Ein VDA-Poet!

Und er brüstet sich noch, er habe das Stück in elf Tagen zusammengeschrieben. So ist es auch geworden!

Kyser hat die Ansichten eines großwahnsinnigen, aufgeputzten, militärischen Spießers. Bis heute hat man selten gewagt, diese Ansichten von der Bühne aus zu predigen. Man fürchtete wohl die Lächerlichkeit. Vor diesem Parkett allerdings hat es Kyser nicht nötig, Lächerlichkeit zu fürchten!

Die Kulturreaktion regiert!

Auch ein Kapitel Tolerierungspolitik

Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 richtet sich angeblich gegen das politische Rowdytum und gegen politische Ausschreitungen. Sie ist in Wirklichkeit das Instrument geworden, mit dem man jede nach links tendierende Auffassung totzuschlagen versucht. Insbesondere die Freidenkerbewegung hat unter den aus dieser Notverordnung herausgehobenen Willkürakten sehr schwer zu leiden. Es ist allerhöchste Zeit, daß sich mit der höchst bedenklichen Praxis, die hier entwickelt wird, die Öffentlichkeit sehr ernsthaft befaßt.

Der Deutsche Freidenker-Verband hat unlängst in einem Flugblatt Stellung zur bekannten Devalve-Affäre genommen. Zum allergrößten Teil gibt der Flugblatttext nur die Tatsachen wieder, die in dieser Korruptionsaffäre durch die Voruntersuchung ermittelt wurden und übrigens fast durch die gesamte Tagespresse veröffentlicht worden sind. Die diesen Sachverhalt kommentierenden Bemerkungen des Flugblattes enthalten weder irgendwelche Beschimpfungen, noch überschreiten sie die Grenze einer sachlichen Polemik.

Um so empörender wirkt die Tatsache, daß die Verbreitung von den folgenden Regierungstellen verboten wurde:

Vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen und Grenzmark - Posen - Westpreußen. Von den Regierungspräsidenten Lüneburg, Breslau, Liegnitz, Aachen, Aurich. Von den Polizeipräsidenten in Hamburg und Lübeck. Von den Landesregierungen Braunschweig und

Thüringen und dazu von einer großen Anzahl Landratsämter und örtlicher Polizeibehörden.

In keinem Falle wird auf irgendeine bestimmte Stelle des Textes verwiesen. In allen Fällen erhält das Verbot die recht stupide anmutende Begründung, daß die Verbreitung dieser Schrift die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden könnte, eine Begründung, mit der man schlechterdings jede Art politischer Betätigung unmöglich machen kann. Diese Begründung entsprach dem Polizeigeist des vormärzlichen Preußen.

Ein Oberpräsident wurde gefragt, welche Textstellen ihm anstößig erschienen. Er erklärte, nichts gegen den Text sagen zu können, auch die Verbreitung des Flugblattes wolle er zulassen, jedoch mit der einschränkenden Bedingung, daß es nur in Orten, die mehr denn 3000 Einwohner haben, verbreitet werden dürfe. Ein Standpunkt, für den es überhaupt keine Rechtsgrundlage gibt.

Unbedenklich setzt sich auch die thüringische Landesregierung über alle verfassungsmäßigen und gesetzlichen Grundsätze hinweg. Sie richtet am 3. November 1931 an den Deutschen Freidenker-Verband die folgende Mitteilung:

„Wir haben zunächst noch den Landeskirchenrat der ev. lutherischen Kirche in Eisenach um Stellungnahme gebeten. Dieser hat uns baldige Stellungnahme in Aussicht ge-

stellt. Wir werden dann sofort auf Ihren Antrag entscheiden.“

Also die Regierung läßt sich von der Kirche Anweisung darüber geben, was sie zu genehmigen und was sie zu verbieten hat! Eine solche Regierungsmethode ist im Rahmen zulässiger Redewendungen überhaupt nicht zu charakterisieren.

Ein anderes Beispiel. Eine Reihe von badischen Bürgermeisterämtern hatte über die Genehmigung von Versammlungen zu entscheiden, in denen sämtlich über das Thema „Die Weltanschauung der Freidenker“ gesprochen werden sollte. Diese Versammlungen wurden mit der Einschränkung genehmigt, daß Jugendlichen unter 20 Jahren der Eintritt nicht gestattet sei.

Ein Plakat, das zu einer Versammlung mit dem Thema „§ 218 — das aktuelle Problem unserer Zeit“ auffordert, soll deswegen von der thüringischen Regierung nicht zugelassen werden, weil es die Worte enthält: „Arbeiterfrau, Dich rufen wir zum Kampf!“

So jagt ein Kulturkandal, ein Willkürakt den anderen.

Die Sozialdemokratie aber toleriert jene Notverordnungen à la Metternich!

Und ihre Vertreter in den preußischen Regierungstellen beugen sich dem Diktat des Klerikalismus.

Proletarier, kehrt dieser Partei den Rücken! Kommt zur SAP und zeigt damit, daß ihr auch die Tolerierung der Kulturreaktion aufs schärfste verurteilt!

Und wenn erst unser großer Adolf regiert — auf die deutsche Kunst kann man sich freuen.

Kleine Bemerkung: Das Programmheft des Nationaltheaters heißt „Volk im Licht“. Es soll werben für nationalen Film und nationales Theater. Obendrauf ein Bild Willy Fritschens aus dem Ufa-Film „Der Kongreß tanzt“; wahrscheinlich soll dieser Salonlöwe der Repräsentant des nationalen Films sein. Neckischerweise wurde der Film inszeniert von Erik Charrell. Erik Charrell heißt aber (so geht die Mär) Erich Karl Löwenberg. „Juda verrecke!“ F. H.

Der Tod

Von Henri Barbusse

Wie alle Schöpfer, hat auch Jesus sich dauernd und in schöner Weise wiederholt; er hat den Geist und dessen Besitzergreifung vom Wirklichen und der Tat auf jedem möglichen Gebiet entwickelt.

Seine Auffassung von ewigem Leben und Tod, die in den verlassenen Tiefen des Evangeliums so starke metaphysische Weite zeigt, erscheint am deutlichsten im Lauf des herrlichen Gesprächs mit Nikodemus (nach Johannes); der Mitarbeiter des Chronisten oder des Korrektors gelang es nicht, alle erschütternden Ausblicke dieser Unterredung zu erschleiern.

In der dem Johannes zugeschriebenen Apokalypse läßt der Menschensohn, der trotz seiner strahlenden Umhüllung sich am Anfang in klarem Sinn für die vorhandenen Wirklichkeiten ausdrückt, dem lauen Geschäftsführer einer neuen Gemeinde sagen: „Du siehst aus, als würdest du leben, doch du bist tot.“ Der Verfasser des Briefes an Timotheus verwendet

denselben Vergleich! „Wer seinen Vergnügen lebt, ist tot, obgleich er lebt.“

Es ist klar, daß es sich bei diesen Sätzen nicht um körperlichen Tod handelt.

Und es ist logisch, diese gleiche, rein geistige Bedeutung dem Ausspruch zu geben, der in der nächtlichen Unterhaltung mit Nikodemus fiel: „Der Tag ist gekommen, da die Toten das Wort Gottes hören sollen.“ Die Toten: die Verdunkelten, die von der Wahrheit Abgeschlossenen, die, weil sie nicht verstehen, Untätigen, die Steinhäuser. In diesem selben Plane der Wahrheit erweckt Jesus den Lazarus; nur eine kindliche Auffassung kann hier die Fähigkeit, Leichen lebend zu machen, erkennen.

Aber es gibt eine buchstäbliche Auffassung, die an der groben Rinde der Worte haltmacht und aufstellt; dies bedeute, daß die Getreuen Gottes nach ihrem Tode auferstehen werden. Die Ganzheit des bewußten Lebens ist in zwei Teile zerschnitten: das elende Erdenleben und der Geist, der über dem Leben ewig wird. Von der großartigen Gleichstellung von Leben und Denken bleiben nur mehr zwei Stümpfe, von denen der eine ungestalt ist, der andere abstrakt.

Gleichwohl gibt Jesus nirgends eine Erklärung ab, die jene Auffassung des ewigen Lebens nach dem Grabe rechtfertigen könnte. Niemals sagt er etwas, das einem „nach dem Erleben“ ähnlich klinge (der „letzte Tag“ ist der Tag der Aenderung); nach den Ausführungen über die Seelenernte der Engel weist er selbst auf das Gleichmäßige dieses Satzes in einem Wort hin, das wir nach ihm wiederholen: „Wer Ohren hat, der höre.“ Im Falle diese Beschreibung wirklich von ihm stammt, und nicht von denen, die ihn sprechen lassen, war sie in seinem Munde ein Gleichnis. Wir behaupten, daß tatsächlich in der Lehre Christi all das, was sich auf ein Jenseits der

Erde zu beziehen scheint, nur Gleichnis ist. Wir finden dies deutlich in einem Wort, das der Papyrus von Oxyrhynchos überliefert hat: „Für mich und meine Schüler: wir haben uns in dem Wasser des ewigen Lebens gebadet“ oder, wenn er seine augenblicklichen Schüler die „Kinder des Reiches“ nennt. Wir finden es noch schöner in der herrlichen und leuchtenden Verachtung der Toten, mit der er die Lebenden zu sich ruft: „Folgt mir, und laßt die Toten ihre Toten begraben“, spricht er zu dem, der sich an den Leichnam seines Vaters klammert.

Er, der den endgültigen Satz sprach: „Der Geist gibt das Leben“, sagt auch, daß nur durch die Wahrheit Erlösung sei. Nachdem er in der Synagoge von Kapharnaum das Gleichnis des lebenden Brotes, das wertvoller sei als Manna, dargelegt hat, erläutert und entschleierte er es: „Die Worte, die ich euch sage, sind Geist und Leben.“

Die wörtliche Auslegung ist jene, die Paulus sich aneignete, und ist jene, die in der Folge das Christentum bis zu ihren Grenzen entwickelt hat; aus ihr hat es die Maschinerie seiner großen höllischen Oper errichtet, seines tyrannischen und mystischen Unternehmens vom „Leben nach dem Tode“.

(Aus: „Die Judasse Jesu“, Verlag G. Weller & Co., Leipzig/Wien.)

Kleines Feuilleton

Der Zyklop des 20. Jahrhunderts

In einem Entbindungsheim in Saloniki kara ein Kind zur Welt, das eine außerordentliche medizinische Sensation darstellt. Das Kind, welches von einer völlig gesunden Mutter stammt, weist nur ein einziges Auge auf. Dieses befindet sich mitten auf der Stirn, ist unverhältnismäßig groß und hat zwei Pupillen.

Er fuchtelte mit dem rechten Arm, mit der linken Hand aber schlug er sich ungeschickt an die Brust:

„Ihr... hört mal... Im Dorfe, da hätte man mich... gedroschen, zertrampelt hätte man mich, nicht?... dort hätte sie jeden Köter auf mich gehetzt... und ihr...“

Man klopfte ihm auf die Schulter, überschrie ihn mit Gelächter. Zusammen mit dem Haufen ging er auf die Straße.

Er begriff nicht, woher der Unterschied kommt: da sind Menschen, ebenso wie er, Iwan Steligin, mit Säge und Hobel, und verdienen ihr Brot genau so wie er, — aber sie haben das Grauen in seiner Seele verstanden und ihn gleichsam aus einer Grube herausgezogen. Er wußte, daß der Beschluß über ihn „einstimmig“ gefaßt worden war, begriff aber immer noch nicht, wieso die Stadtmenschen so rasch und sogar ohne großes Geschrei zu einer Uebereinkunft kommen können.

Aber obgleich er es nicht begriff, krächzte er vor irgendeiner seltsamen Wärme unter dem Hemd und schritt viel elastischer aus als gewöhnlich.

An der Straßenkreuzung aber wich er zum ersten Mal, vielleicht sogar ohne finsternes Knurren, vielleicht sogar mit Bereitwilligkeit, einer Straßenbahn aus.

Ende.

„Ich werd's wohl noch aushalten müssen, werd wohl noch allerlei durchmachen müssen, nicht... a—ch, a—ch, a—ch...“

Anfangs begriff Iwan Steligin nichts, obgleich sich alles um ihn drehte.

Er zwinkerte gespannt, besah sich die dichten Reihen der Köpfe, den schwarzen sternlosen Abend auf der Straße, kniff die Augen zu vor den Glästrauen der Kandelaber und zuckte verständnislos, erschreckt mit der Schulter. Dann wuchs sein Schrecken. Iwan Steligin hatte eine Menge Fragen zu beantworten. Seine Zunge verhedderte sich. Die Worte gehorchten ihm nicht, es war so, als zerbröckle ihm trockener Lehm zwischen den Fingern. Aber aus dem ganzen wirren Gerede erstand das Dorf Lewochina mit seiner krummen Dorfstraße. Plötzlich spürte man den bitteren Geruch dieser Straße, die Kühle des mürrischen Flusses, das schläfrige Einerlei der dumpfen Tage.

Die Stadtmenschen spürten diesen rauchigen Dunst von Lewochina: ihre Gesichter wurden geduldig und mitleidig wie in der Nähe eines Kranken. Die Stadtmenschen hörten zu und urteilten. Iwan Steligin hatte in seinem ganzen Leben noch nicht so viel zusammengeredet wie heute, und er zitterte, ohne selber zu wissen weshalb.

Dann, als das Präsidium von der Bühne fortgegangen war, begriff Iwan Steligin, weshalb er so zitterte: wie die Stadtmenschen

beschließen werden, so wird sich auch sein, Iwans, Leben wenden.

Als die Stühle zu klappern begannen, erwachte Iwan Steligin und wurde taub für die ganze Welt, mit Ausnahme der fünf Leute, die hinter dem roten Tisch saßen, rot wie eine Sturmdämmerung. Der alte Kolosow mit einem Papier in der Hand erschien ihm in diesem Augenblick noch mächtiger als alles auf der Welt.

„... Unter Beachtung all der Umstände, die mit der Unbildung und äußerster Rückständigkeit des Iwan Steligin zusammenhängen, verzeiht... das Gericht der Genossen dem Iwan Steligin seine Handlungsweise... er hat zu versprechen, daß er sich bessern wird. Der Kulturabteilung wird zur Aufgabe gemacht, den Genossen Steligin zur Arbeit heranzuziehen...“

Das Weitere konnte man nur schwer hören: Iwan Steligin begann zu lärmern, nicht weniger als sein heimatlicher Fluß Lewocha bei Hochwasser.

„Brüder... Brüder... Freunde... weiß Gott... ihr habt mich direkt wieder zum Leben gebracht!... Werde ich denn noch einmal so was wagen?... Hier habt ihr das Heilige Kreuz... Brüder, Genossen, ihr... also... ich mach euch eine Verbeugung bis zur Erde, nicht?... Ja... Hier... Ach...“

DER GAST

Von Anna Kacawajewa

(Copyright by Malik-Verlag, Berlin.)

5. Fortsetzung.

Der Betriebsratsvorsitzende entschied sofort:

„Das erste Mal kommen wir mit eigenen Kräften aus.“

Man schob es nicht auf die lange Bank. Zwei Tage lang wunderte sich Iwan Steligin erschrocken, wozu man ihn eigentlich nach so vielen Sachen fragte. Am Ende des zweiten Tages hielt er's nicht mehr aus und ging düster zu Kolosow.

„Die fragen mich aus, hör mal... Ich antworte natürlich, nicht? Bloß, ich kann nicht verstehen, wozu die Stadtleute von meinem Acker, vom Hof und vom Vieh was wissen wollen... Sogar, hör mal... was wir essen, was wir anzuziehen haben... Wer lesen kann, alles soll man ihnen erzählen, nicht? Zu was brauchen die das?“

„Die Genossen untersuchen deine Sache, was man mit dir machen soll, ob sie dich nach Hause schicken oder hier behalten sollen.“

Steligin senkte furchtsam den Kopf und sagte: